Der „Great Reset“ und seine Gegen-kräfte

Überlegungen zur gegenwärtigen Weltlage anlässlich eines zentralen Schlagworts des „verschwörungstheoretischen“ Milieus

Alfred Masur





Design & Layout: anarchismus.de Kollektiv

Gesetzt in: Swear Display, Montserrat

Vertrieb & Druck: Syndikat-A

Mehr zum lesen gibt es auf: www.syndikat-a.de



Syndikat-A
Bismarckstr. 41a
47443 Moers
Deutschland

Vor-wort



Wir leben in einer Zeit sich verengender politischer Diskurse. Traditionell zeichnete sich die parlamentarische Demokratie dadurch aus, dass es zu relevanten politischen Fragen öffentliche Diskussionen gab, die zwar innerhalb der Grenzen der bestehenden Ordnung blieben, aber dennoch klar unterscheidbare Alternativen erkennen ließen. So setzte etwa klassischerweise die Sozialdemokratie zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums auf Staatsinterventionen, während Konservative und Liberale dies dem freien Spiel des Marktes überlassen wollten. Seit einigen Jahren erleben wir jedoch immer häufiger, dass es zu einem gesellschaftlichen Problem nur noch *eine* Meinung zu geben scheint. Die Banken- und Eurokrise, die Energiewende hin zu einem „grünen" Kapitalismus, erst recht die Coronamaßnahmen und die Haltung zum Krieg in der Ukraine: stets gibt es eine ganz große Koalition aller etablierter Parteien und Medienanstalten, die die aktuell eingeschlagene Politik zur einzig möglichen erklärt und allenfalls bei Details in der Durchführung kleinere Differenzen zulässt.

Aber dadurch, dass Gegenstimmen im offiziellen Diskurs kaum noch vorkommen, hören die Menschen natürlich nicht auf, sich kritische Fragen zu stellen und nach Antworten auf von ihnen wahrgenommene Widersprüche zu suchen. Viele wenden sich daher sogenannten „Alternativmedien" wie KenFM, Rubikon, Nachdenkseiten und anderen zu, die in den letzten Jahren zu einer relevanten Größe im Internet geworden sind. Die Politik und die „seriöse" Presse fürchtet diese Konkurrenz und beeilt sich, sie als „verschwörungsideologisch" zu brandmarken und vor dem Konsum dieser gefährlichen „Desinformation" zu warnen. Nun ist einiges von dem, was auf derlei Seiten publiziert wird, tatsächlich abenteuerlicher Unsinn.

Jedoch werden von den Wächter:innen der Ordnung nicht nur die einschlägigen Autor:innen selbst, sondern tendenziell auch deren Begriffe, Fragestellungen und Themen mit einem Tabu belegt. Und erstaunlicherweise wird dies von vielen sich kritisch, links und antifaschistisch verstehenden Leuten mitgetragen. Wenn etwa auf vielen Verschwörungs-Webseiten plötzlich von Bill Gates die Rede ist, ziehen Linke es vor, über diese Person und ihre Stiftungsaktivitäten zu schweigen.

Ich halte eine solche Herangehensweise für grundfalsch. Zum einen, weil die jeweiligen Sachverhalte an sich zu wichtig zum Verständnis der Welt sind, um sie zu ignorieren. Zum anderen, weil wir mit den vielen Menschen, die das Vertrauen in Massenmedien und Politiker:innen verloren haben, ins Gespräch kommen müssen – und das können wir nur, wenn wir uns ernsthaft mit den Fragen auseinandersetzen, die diese beschäftigen.

Im Herbst 2021, als ich mit den Recherchen für den vorliegenden Text begann, waren die staatliche Corona-Impfkampagne und die gegen diese gerichteten Querdenken-Proteste auf ihrem Höhepunkt. Damals war in besagten „Alternativmedien" das Schlagwort vom *Great Reset* in aller Munde. Gemeint war damit ein geheimer Plan globaler Eliten, um deren Macht über die Menschheit in bisher ungeahnter Weise zu vergrößern. Ich beschloss, mich mit dem Thema genauer zu beschäftigen; die Ergebnisse wurden zunächst in zwei Teilen im März bzw. August 2022 online auf anarchismus.de veröffentlicht.

Durch den Gang der jüngsten Ereignisse hat das öffentliche Interesse am Begriff des *Great Reset* mittlerweile etwa nachgelassen. Die in dem Aufsatz beschriebene Konstellation – ein sich zuspitzender Gegensatz, der sich innenpolitisch als Konfrontation zwischen liberalen Eliten und ihren (rechts) populistischen Gegner:innen, weltpolitisch als Konfrontation von alten Industrieländern und aufstrebenden Schwellenländern zeigt und die verzweifelte Notwendigkeit einer revolutionären Alternative – bleibt aktueller denn je. Dies rechtfertigt die erneute Veröffentlichung des Textes in gedruckter Form.

Alfred Masur, im Februar 2023

Autor



Alfred Masur

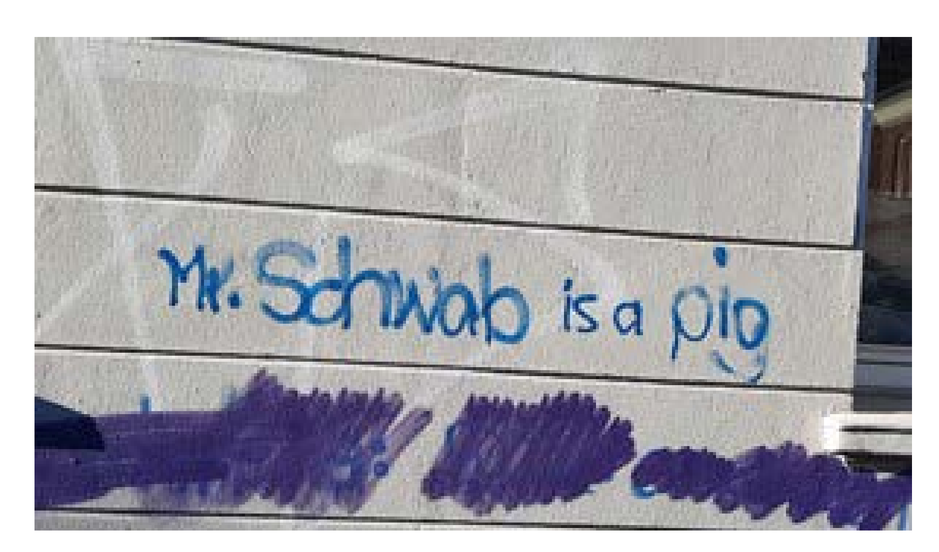
Der Autor lebt in Dortmund und arbeitet im Bildungssektor.

In-halt

Teil 1: Worum geht es beim Great Reset?

Der Begriff geht auf das Weltwirtschaftsforum (WEF) zurück, das im Juni 2020 eine *Great-Reset*-Initiative[1] startete – begleitet von einem gleichnamigen Buch[2] seines Vorsitzenden Klaus Schwab. Es ging dem WEF darum, die Umbrüche der Covid-Krise zu nutzen, um seine übliche neoliberale Agenda mit nachhaltig-menschenfreundlichem Anstrich erneut in die Offensive zu bringen. Der Ausdruck konnte sich jedoch nicht als Selbstbezeichnung durchsetzen: Annalena Baerbock, Bill Gates, Joe Biden, Marc Zuckerberg usw. sprechen in der Regel nicht davon, dass sie „*den Great Reset* vorantreiben“ wollen, obgleich sie der Politik des WEF eng verbunden sind und grob derselben Fraktion angehören.

Die Popularität des Schlagworts vom *Great Reset* ist daher weniger dessen Befürworter:innen, als vielmehr dessen Gegner:innen zu verdanken. Seit dem Herbst 2020 wurde die Bezeichnung vermehrt von Leuten aufgegriffen, die der Politik der liberalen Eliten feindlich gegenüberstehen. Der Begriff erlaubte es ihnen, verschiedene, als bedrohlich wahrgenommene Entwicklungen als Teil eines einheitlichen Plans zu deuten. Im Rahmen des Präsidentschaftswahlkampfs beschrieben US-amerikanische Rechte den *Great Reset* als „globalistischen“ Masterplan, um Trump aus dem Amt zu entfernen und die Ergebnisse seiner Politik rückgängig zu machen.[3] In Europa wurde der Begriff zur selben Zeit von Teilen des rechten Spektrums sowie im Umfeld der Proteste gegen die Coronamaßnahmen verbreitet.



Parole an einer Dortmunder Hauswand

Im ersten Teil meiner Auseinandersetzung skizziere ich zunächst die Geschichte und Bedeutung des Weltwirtschaftsforums, um dann genauer unter die Lupe zu nehmen, worum es beim *Great Reset* aus der Sicht seiner Hauptinitiatoren geht. Im zweiten Teil werde ich mich dann exemplarisch anhand zweier einschlägiger Publikationen mit den politischen Ideen und Zielen der Gegner:innen des *Great Reset* auseinandersetzen.

Vom European Management Symposium…

Klaus Schwab, Begründer und Vorsitzender des WEF, sieht sich selbst als kapitalistischen Weltverbesserer.[4] Der 1938 geborene Fabrikantensohn aus dem oberschwäbischen Ravensburg war nach dem Studium der Wirtschaftswissenschaften schon mit Anfang dreißig zum Professor an der Universität Genf berufen worden. Dank seines Talents und durch die Verbindungen seines Vaters hätten ihm sowohl eine erfolgreiche akademische Laufbahn als auch eine Position als Top-Manager in einem der großen deutschen oder europäischen Unternehmen offen gestanden. Aber es ging ihm nicht einfach um persönliche Karriere und privates Gewinnstreben. Er hatte eine größere Vision.

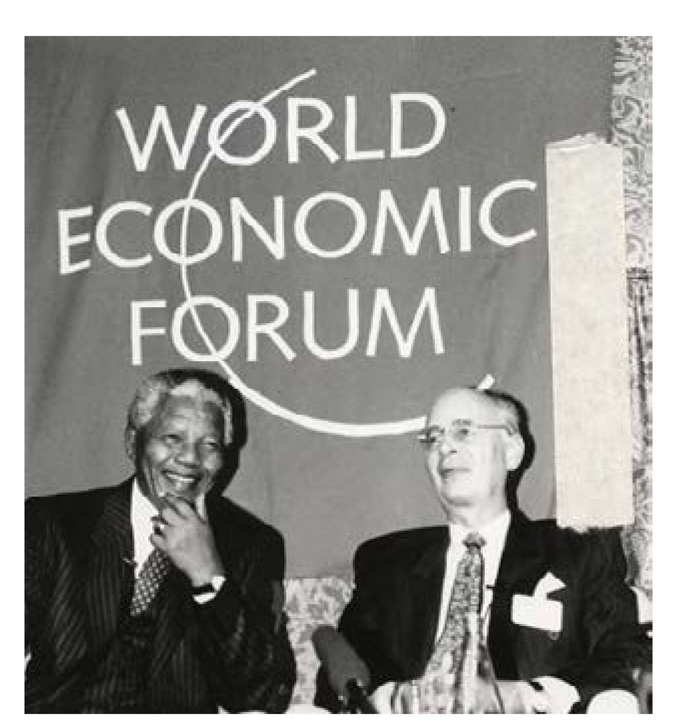
Im Jahr 1971 veröffentlichte er eine Studie mit dem Titel *Moderne Unternehmensführung im Maschinenbau*. Er formulierte hier erstmals sein *Stakeholder*-Konzept der Unternehmensführung, welches bis heute als zentrale Idee sein Denken prägt. Demnach solle ein Unternehmen nicht nur die Rendite-Erwartungen der shareholder, also der Anteilseigner:innen, erfüllen, sondern müsse die Bedürfnisse und Wünsche der *stakeholder* mit einbeziehen, das heißt aller Personengruppen, die vom Wohlergehen des Betriebs abhängig sind: Belegschaft und Kundschaft, Zulieferbetriebe, die Kommune des Produktionsstandorts, ja letztlich auch der Staat und die Gesellschaft als Ganze. Es geht Schwab dabei nicht um Selbstlosigkeit, vielmehr sei die Sorge um die *stakeholder* im wohlverstandenen Eigeninteresse der Betriebsleitung: „Das Unternehmen ist wie ein Organismus, der an mehreren Lebensadern hängt. Sie alle müssen gepflegt werden, um ständig ´funktionstüchtig` zu bleiben. Nur so kann das Unternehmen überleben und wachsen.“[5]

Ebenfalls 1971 initiiert Schwab das erste *European Management Symposium* in Davos. Das seither jährlich stattfindende Diskussionsforum sollte Führungskräften der europäischen Wirtschaft Gelegenheit bieten, aktuelle ökonomische und politische Fragestellungen zu debattieren, Kontakte zu knüpfen und mit wichtigen Leuten aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesell-

schaft zusammenzutreffen. Zur Organisation dieser Konferenzen gründet Schwab eine gemeinnützige Stiftung, die durch Mitgliedsbeiträge großer Unternehmen finanziert wird.

... zum World Economic Forum

Der Ansatz erwies sich als Erfolgsrezept: Parallel zum Siegeszug der liberal-kapitalistischen Globalisierung entwickelte sich das Symposium zunehmend vom europäischen zum weltweiten Elitentreffen und benannte sich folgerichtig 1987 in *World Economic Forum* (WEF) um. Und es war bei diesem Siegeszug nicht nur Nutznießer, sondern wichtiger Akteur: „Die wahre Bedeutung des Weltwirtschaftsforums liegt im Reich der Ideen und der Ideologie", schreibt Gideon Rachman in der Financial Times. In Davos träfen sich die Mächtigen der Welt, „um ihre Differenzen zu überwinden und eine gemeinsame Sprache zu sprechen (...) Sie unterstreichen ihr Bekenntnis zu einer einzigen, globalen Wirtschaft und zu den kapitalistischen Werten, die diese stützen".[6] Das Forum habe dazu beigetragen, ergänzt Henrik Müller im *Manager-Magazin*, dass sich unter den weltweiten Eliten „eine ziemlich einheitliche Sicht" durchgesetzt habe: „weitere Integration der Märkte, verstärkte internationale Zusammenarbeit, schlagkräftige internationale Institutionen".[7]



Nelson Mandela und Klaus Schwab 1992 Bild: World Economic Forum

Eine wichtige Rolle spielte das WEF dabei, das Führungspersonal des ehemals staatskapitalisti-

schen Blocks (Sowjetunion, China und verbündete Staaten) sowie aufstrebender Schwellenländer in die globale Elite zu inte-grieren und auf einen wirtschaftsliberalen Kurs einzuschwören. Bereits 1979, als die Weltmarkt-Öffnung Chinas unter Deng Xiaoping gerade erst begann, bemühte sich Klaus Schwab erfolgreich, eine chinesische Delegation nach Davos zu bekommen. Die russischen Oligarchen, die sich in den 1990er Jahren die Ökonomie der zerfallenden Sowjetunion unter den Nagel rissen, hatten beim WEF bald Stammplätze inne. 1992 trat Nelson Mandela, der erst zwei Jahre vorher aus dem Gefängnis entlassene Anführer des *African National Congress* und spätere Präsident Südafrikas, beim Weltwirtschaftsforum auf. Mandela und seine Partei beabsichtigten damals noch, Südafrikas Banken, Bergwerke und strategische Industrien zu verstaatlichen. Während der Gespräche in Davos begann Mandela jedoch, seine Position zu überdenken. „Sie veränderten meine Ansichten vollkommen", erinnert er sich später. Tito Mboweni, ebenfalls Mitglied der südafrikanischen Delegation in Davos, berichtet über das Zustandekommen dieses Sinneswandels: Mandela habe beim Weltwirtschaftsforum „einige sehr interessante Treffen mit den Führern der kommunistischen Parteien Chinas und Vietnams" gehabt. Diese hätten ihm „gerade heraus gesagt: Wir streben momentan danach, staatliche Unternehmen zu privatisieren und unsere Wirtschaft für privates Unternehmertum zu öffnen. Wir sind Regierungen kommunistischer Parteien und Sie sind ein Führer einer nationalen Befreiungsbewegung. Warum reden Sie von Verstaatlichung?" Zurück in Südafrika, berichtet Mandela in einem Interview, habe er gesagt: „Leute, wir müssen uns entscheiden. Entweder halten wir an der Verstaatlichung fest und bekommen keine Investitionen, oder wir ändern unsere Einstellung und bekommen Investitionen."[8] In der Folgezeit entwickelte sich Südafrika zur am schnellsten wachsenden Ökonomie des Kontinents, wobei die soziale Ungleichheit heute größer ist als zur Zeit der „Rassentrennung" durch das System der Apartheid.[9]

In den ersten beiden Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts kommt dem Weltwirtschaftsforum bei der Absicherung der Herrschaft der globalen Bourgeoisie eine bedeutende Rolle zu. Zwar ist es kein offizielles Beschlussgremium, das völkerrechtlich verbindliche Entscheidungen treffen kann. Aber für den Austausch über die drängenden Probleme des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems und für die Koordination von Maßnahmen zum Umgang mit diesen Problemen bietet es den Staats- und Konzernführungen eine wichtige Plattform. „Das globale Krisenmanagement nach dem Finanzcrash von 2008 wäre ohne den Geist von Davos kaum vorstellbar gewesen, ebenso wenig das Pariser Klimaschutzabkommen von 2015"[10], so das *Manager-Magazin*.

Aber Klaus Schwab wäre nicht Klaus Schwab, wenn er es dabei bewenden ließe, unmittelbar die Profit- und Machtinteressen seiner Klasse zu fördern. Vielmehr erhebt er den Anspruch, dem Wohl der Menschheit als Ganzer

zu dienen. „Comitted to improving the state of the world" lautet das Motto des *World Economic Forum*. Bei den jährlichen Treffen in Davos stehen daher regelmäßig nicht nur klassische wirtschaftspolitische Fragen, sondern auch Themen wie weltweite soziale Ungleichheit, Gleichberechtigung der Geschlechter, Umweltschutz und Klimawandel auf dem Programm. Zudem gehörte es von Anfang an zu Schwabs Strategie, bekannte Führungspersonen sozialer Bewegungen, die sich gegen die negativen Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise wenden, nach Davos einzuladen. So setzte er 1974 gegen erhebliche Widerstände aus Wirtschafts- und Regierungskreisen durch, dass der befreiungstheologische Bischof Hélder Câmara aus Brasilien in die Schweizer Berge kommen durfte, um dort das versammelte Establishment der westlichen Industrieländer für deren Ausbeutung des Globalen Südens zu tadeln.[11] Heute erfüllt diese Rolle Greta Thunberg, die 2019 in Davos der Weltelite ihr berühmtes „How dare you?!" entgegenschleuderte.

Grenzen der liberalen Globalisierung

Nach dem Ende der Blockkonfrontation schien es für einen Moment so, als sei die liberale, kapitalistische Demokratie zum weltweiten Leitmodell geworden, zu dem es keine ernsthaften Alternativen mehr gab. Den USA schien als einziger verbliebener Supermacht die unangefochtene Führungsrolle einer zunehmend vernetzten und kooperierenden Weltgesellschaft zuzukommen. Schon bald zeigte sich, dass dies ein Trugschluss war. Zum einen waren den westlichen Industrieländern vor allem mit China, aber auch mit Indien, Brasilien, den ölreichen Golfstaaten, dem Iran und einigen anderen Ländern mächtige Konkurrenten erwachsen, die ihnen in immer mehr Wirtschaftsbereichen ebenbürtig wurden und teilweise sogar den Rang abliefen. Zum anderen zeigte sich, wie der US-amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Huntington bereits 1996 in seinem Buch *The Clash of Civilizations* vorhersah, dass die Modernisierung dieser aufstrebenden Schwellenländer keineswegs automatisch mit deren Verwestlichung einherging. Die Eliten dieser Staaten übernahmen Technologie und Geschäftspraktiken des Westens, um ihre Macht zu stärken, hielten aber in politischer, gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht hartnäckig und zunehmend selbstbewusst an eigenständigen Wegen fest.[12] Im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts machten sich zudem in den westlichen Industrieländern selbst verstärkt antiliberale und nationalistische Gegenströmungen bemerkbar, welche Schutzzölle statt Freihandel und „Our country first!" statt zwischenstaatlicher Kooperation forderten. Prominenteste Beispiele für diese Tendenz sind natürlich die Präsidentschaft Donald Trumps sowie das Brexit-Votum im Vereinigten Königrech.

Das alles hat Folgen auch für das WEF, das sich wie keine andere internationale Institution der Globalisierung verschrieben hat. Zwar treten auch Donald Trump, Chinas Staatschef Xi Jinping und der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro beim Weltwirtschaftsforum auf, aber sie lassen keinen Zweifel daran, dass es nicht der „Geist von Davos" ist, der aus ihnen spricht. „Dieser Geist verflüchtigt sich", so der Journalist Henrik Müller, die „Gruppe der Mächtigen und Wichtigen hat sich längst aufgespalten in verschiedene Lager".[13] Klaus Schwab beobachtet diese Entwicklungen mit Sorge. Im Falle des Brexits verlässt er sogar einmal seine übliche Rolle als unparteiischer Moderator und Brückenbauer, um eine in seinen Augen fatale Fehlentscheidung zu verhindern: Kurz vor der Abstimmung hält Schwab in London „einen Strategy Day der besonderen Art ab. Das Forum bezieht in einem ungewöhnlichen Akt eindeutig Stellung und spricht sich für einen Verbleib der Briten in der Europäischen Union aus".[14]

Genützt hat es freilich nichts; wenige Wochen später entscheidet sich die Mehrheit der Wahlberechtigten für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU.

Der „*Great Reset*"

Das ist der allgemeine Hintergrund, vor dem Klaus Schwab im Juni 2020, kurz nach dem Ausbruch der Coronakrise, sein Buch über den *Great Reset* veröffentlicht.[15] Er prognostiziert darin weitreichende gesellschaftliche Veränderungen: Die Pandemie werde „einen Systemwandel beschleunigen, der sich bereits vor der Krise abzeichnete: der teilweise Rückzug aus der Globalisierung, die zunehmende Entkopplung zwischen den USA und China, die Beschleunigung der Automatisierung, die Sorge über eine verstärkte Überwachung, (…) die Notwendigkeit einer noch stärkeren Online-Präsenz von Unternehmen und vieles mehr" (19). In diesen Umwälzungen sieht er sowohl Risiken als auch Chancen. Einerseits habe die Pandemie gesellschaftliche Widersprüche und geopolitische Spannungen verschärft. Andererseits stelle sie „ein seltenes, aber enges Zeitfenster zum Umdenken, Neuerfinden und Neustarten unserer Welt dar." (292) Und genau dieser Neustart des gesellschaftlichen Systems, verbunden mit grundsätzlichen Weichenstellungen hin zu einer „besseren Zukunft", ist das, was Klaus Schwab mit dem Begriff *Great Reset* meint: „Es geht darum, die Welt weniger gespalten, weniger verschmutzend, weniger zerstörerisch, integrativer, gerechter und fairer zu machen, als wir sie in der Zeit vor der Pandemie hinter uns gelassen haben." (293) Versäumten wir diese Chance, so würde die Welt sich trotzdem ändern, allerdings zum Schlechten: „Nichts oder zu wenig zu tun, bedeutet, mit offe-

nen Augen auf immer mehr soziale Ungleichheit, wirtschaftliche Ungleichgewichte, Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung zuzusteuern." (293)

Was ist von diesem Aufruf zur Weltverbesserung zu halten? Es ist bereits viel gespottet worden über das Davoser Treffen der Superreichen – nicht weniger als 120 Milliardäre sollen 2019 dabei gewesen sein – die sich über die „soziale Ungleichheit" sorgen, der sie ihren Wohlstand verdanken und die mit einer Flotte von 1500 Privatjets anreisen, um eine Reduktion der CO_2-Emissionen anzumahnen.[16] Ist der *Great Reset* also einfach billige Propaganda, mit der sich die kapitalistische Elite einen „grünen" und „sozialen" Anstrich verpassen will, um ihre Profitmaschine ungehindert weiterlaufen zu lassen? Diese Sichtweise ist nicht unplausibel. Laut einer aktuellen Studie von Oxfam haben die zehn reichsten Männer der Welt in den letzten zwei Jahren ihr Vermögen etwa verdoppelt, während mehr als 160 Millionen Menschen zusätzlich in Armut leben.[17] Wäre es der internationalen Großbourgeoisie wirklich ernst mit ihrer Sorge um die soziale Spaltung, würde die Bilanz anders aussehen.
Dennoch wäre es zu einfach, die menschen- und naturfreundliche Rhetorik Schwabs als bloße Heuchelei abzutun. Er ist sich beispielsweise bewusst, dass übermäßige Naturzerstörung nicht nur die Lebensgrundlage von Millionen Menschen, sondern auch die Gewinnaussichten seiner Klasse bedroht. Das WEF hat nachgerechnet und ist in seinem *Global Risk Report 2020* auf folgendes Ergebnis gekommen: „Derzeit ist mehr als die Hälfte des weltweiten Bruttoinlandsprodukts - 44 Billionen Dollar Wirtschaftswert - mäßig oder stark den Risiken von Naturschäden ausgesetzt. Gesunde Gesellschaften, widerstandsfähige Volkswirtschaften und florierende Unternehmen sind auf die Natur angewiesen – und sie alle sind gefährdet, wenn wir nicht handeln."[18]
Auch allzu ungleiche Reichtumsverteilung kann irgendwann für die Bourgeoisie gefährlich werden – wenn die Ausgebeuteten dagegen zu rebellieren beginnen. Schwab ist die Welle der Aufstände nicht entgangen, die 2019 um die Welt ging – von den Gelbwesten in Frankreich über Libanon, Sudan, Irak bis nach Hongkong und Chile. Und er weiß um den Nährboden, der solche Revolten hervorbringt: „Die größte Grundursache von sozialen Unruhen ist Ungleichheit." (102) Daher mahnt er in seinem Buch die Herrschenden, Vorkehrungen zu treffen, ehe es zu spät ist: „Wenn es uns nicht gelingt, die tief verwurzelten Missstände in unseren Gesellschaften und Wirtschaftssystemen anzugehen und zu beheben, könnte das Risiko zunehmen, dass wie so häufig in der Geschichte letztlich ein Umbruch durch gewaltsame Erschütterungen wie Kriege oder gar Revolutionen erzwungen wird." (292)

Klaus Schwab hat erkannt, dass es sich bei den von ihm identifizierten globalen Problemen um *objektive Frag*en handelt, die nicht eine bestimmte Klasse oder Nation, sondern die Menschheit als Ganze betreffen und die so oder so gelöst werden müssen. Es handelt sich also, mit anderen Worten, nicht darum, *ob* es einen Großen Umbruch gibt, sondern lediglich darum,

wie er ablaufen wird und welche Kräfte seine Richtung bestimmen. Schwabs Kernanliegen ist es, dass die westliche, liberale Bourgeoisie bei der Lösung der gegenwärtigen Krise das Heft des Handelns in der Hand behält – beziehungsweise die Initiative zurückgewinnt, wo diese bereits von anderen Akteuren übernommen wurde. Um nichts anderes geht es beim *Great Reset*.

„Menschenfreundlicher" Kapitalismus

Mit welchen Mitteln möchte Schwab die Krisenlösung in seinem Sinne beeinflussen? Sehen wir uns zunächst seine Problemdiagnose genauer an: Im *Great Reset*-Buch betont er die Notwendigkeit einer „globalen Ordnungspolitik": „Egal ob Pandemien, Klimawandel, Terrorismus oder internationaler Handel: All dies sind globale Probleme, die wir nur kollektiv bewältigen (...) können." (132) Das Dilemma unserer Epoche sei jedoch, dass die internationale Zusammenarbeit ausgerechnet in dem Moment, wo sie nötiger sei denn je, immer weniger gelinge: Durch „das Wiederaufleben des Nationalismus" sowie das Fehlen einer weltweiten Führungsmacht sei ein „Vakuum in der globalen Ordnungspolitik" (134) entstanden. Als Symptom dieser Entwicklung nennt Schwab die Nichtbeachtung und chronische Unterfinanzierung der UNO und ihrer Unterorganisationen, die kaum noch zu einem wirksamen Krisenmanagement in der Lage seien. Er beklagt, dass es aktuell kein „Komitee zur Rettung der Welt" (134) gebe und fragt sich, „ob die bestehenden Organisationen der globalen Ordnungspolitik, wie die UNO und die WHO, zur Bewältigung der heutigen globalen Risiken umfunktioniert werden können" (137).

Wenn aber die Nationalstaaten und die von ihnen getragenen UN-Organisationen nicht mehr fähig oder willens sind, gemeinsam die Probleme der Welt zu lösen, wer oder was könnte ihnen dabei unter die Arme greifen? Im *Great Reset* erfahren wir dazu wenig Konkretes. Allerdings hat das WEF bereits im Zuge der letzten Weltwirtschaftskrise 2008/2009 eine *Global Redesign Initiative* gestartet, um Vorschläge zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit zu entwickeln. In ihrem programmatischen Abschlussbericht[19] aus dem Jahr 2010 schlägt die Initiative eine umfassende „Neudefinition des internationalen Systems" vor: Zwar sollten staatliche Regierungen und UN-Organisationen weiterhin den „Kern" des internationalen Systems ausmachen, aber nicht länger „dessen einzige und manchmal nicht die entscheidende Komponente" sein. Als Ergänzung zu diesem „staatsbasierten Teil des Systems" sollten in verstärktem Maße auch private Unternehmen und zivilgesellschaftliche Kräfte bei der Lösung globaler Probleme mitwirken.

Zu diesem Zweck propagiert das WEF die Gründung von „Multi-*Stakeholder*-Initiativen“ – international agierenden gemeinnützigen Vereinigungen, in denen private Unternehmen, staatliche Stellen und zivilgesellschaftliche Organisationen zugunsten von sozialen und ökologischen Zielen zusammenarbeiten. Diese sollten sich als „Koalitionen der Willigen und Fähigen“ überall dort einbringen, wo staatliches Handeln versagt oder nicht ausreichend ist. Der *Global Redesign Report* entwickelt konkrete Vorschläge für alle möglichen Bereiche von der Bildungspolitik über die Korruptionsbekämpfung bis zum Wohlergehen der Kinder, in welchen solche Organisationen aktiv werden sollten.

Derartige internationale Kooperations-Initiativen von Privatwirtschaft und staatlichen Institutionen waren bereits seit den 1990er Jahren vermehrt gegründet worden; darunter beispielsweise das *Weltwasserforum*, das *Marine Stewardship Council* und die *Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN)*, welche die Vergabe von Domainnamen und IP-Adressen im Internet koordiniert. Neu an der *Global Redesign Initiative* war der Anspruch, auf solchen „Multi-*Stakeholder*-Plattformen“ ein komplettes System globaler Ordnungspolitik aufzubauen.[20] Das WEF versteht diese Idee erklärtermaßen als Übertragung von Klaus Schwabs *Stakeholder*-Theorie der Unternehmensführung auf die internationale Arena. Anstatt sich ausschließlich auf die Erzielung privater Profite zu konzentrieren und die Sorge um die Rahmenbedingungen gelingender Kapitalakkumulation den Regierungen zu überlassen, sollten global agierende Großkonzerne selbst „ein Verantwortungsgefühl für das Wohlergehen des internationalen Systems“[21] entwickeln. Umgekehrt könnten sie dann aber auch beanspruchen, nicht mehr nur durch Lobbypolitik die Regierenden zu beeinflussen, sondern selbst Teil des politischen Entscheidungsprozesses auf internationaler Ebene zu werden.

Wenn also Schwab im *Great Reset* dazu aufruft, das „Zeitfenster zum Umdenken, Neuerfinden und Neustarten unserer Welt“ nicht ungenutzt zu lassen, so geht es ihm offensichtlich darum, die im *Global Redesign Report* formulierte Vision einer neuen globalen Ordnungspolitik voranzubringen, in der philantropische, d.h. um das „Wohl der Menschheit“ besorgte, Großkonzerne eine zentrale Rolle spielen. Das von Schwab propagierte Konzept des „*Stakeholder*-Kapitalismus“[22] ist weit mehr als nur ein defensives Propagandamittel zur Abwehr von Kritik an den Geschäftspraktiken multinationaler Unternehmen. Es ist auch eine Offensivwaffe, mit der bestimmte Kapitalfraktionen ihre Macht nicht nur bewahren, sondern erweitern wollen.

Tatsächlich sind unter der Schirmherrschaft des WEF in den letzten 15 Jahren eine ganze Reihe solcher Multi-*Stakeholder*-Initiativen entstanden – oft in Kooperation mit der *Bill & Melinda Gates Foundation*, einem zweiten wichtigen Akteur des „menschenfreundlichen“ Kapitalismus. Ihrem Anspruch nach

sollen in solchen Organisationen die Belange aller betroffenen Interessengruppen – der „*Stakeholder*" – Gehör finden. Kritische Analysen, wie etwa die des linken Globalisierungskritikers Nick Burton, betonen jedoch, dass die Initiativen in Wahrheit von den Interessen der beteiligten Konzerne dominiert werden, während Vertreter:innen des öffentlichen Sektors und ein paar handverlesene Repräsentat:innen der Zivilgesellschaft eher zu Legitimationszwecken in die jeweiligen Entscheidungsgremien mit aufgenommen werden.[23] Um eine genauere Vorstellung von der Arbeitsweise der vom WEF unterstützten wohltätigen Vereinigungen zu vermitteln, wird im Folgenden deren Einfluss anhand zweier Sektoren beispielhaft skizziert.

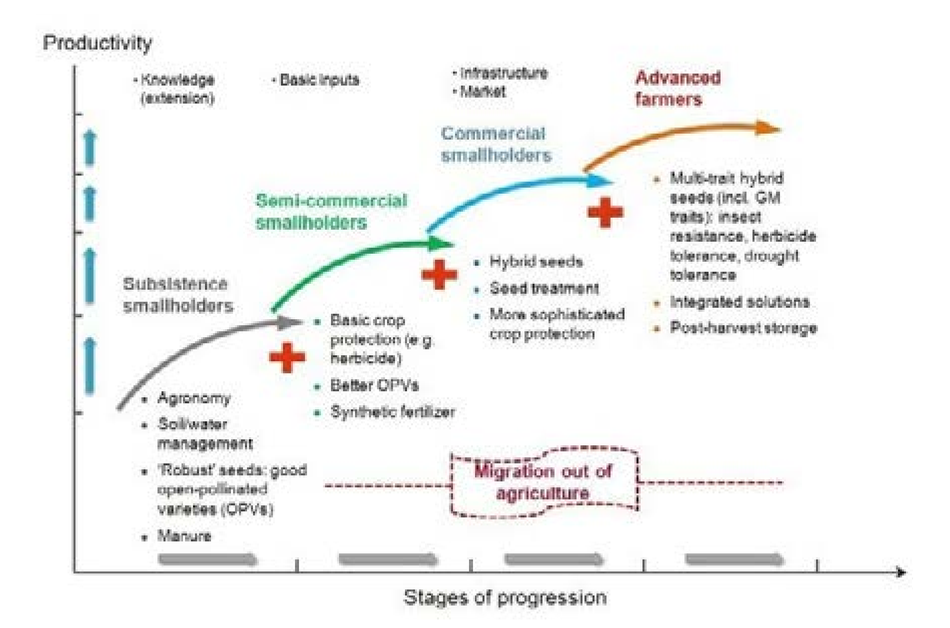
Griff nach Afrikas Landwirtschaft[24]

In den Jahren 2007 und 2008 explodierten weltweit die Lebensmittelpreise. Infolgedessen mussten laut Schätzungen der Welternährungsorganisation 70 Millionen Menschen zusätzlich hungern, in über 60 Ländern kam es zu politischen Unruhen.[25] Im Licht dieser Misere geriet die Abhängigkeit der Welternährung von multinationalen Agrarkonzernen sowie deren Geschäftspraktiken von verschiedenen Seiten in die Kritik. Als Folge dieser Krise setzte sich in der Öffentlichkeit die Überzeugung durch, dass der Schlüssel zur Ernährungssicherheit in den Entwicklungsländern die Stärkung der kleinbäuerlichen Nahrungsmittelproduktion für lokale Märkte sei. Für das internationale Agrarkapital wurde es Zeit für einen strategischen Neuansatz, um seine Interessen zu wahren. Und an diesem Punkt beginnen die philantropischen Initiativen eine Rolle zu spielen.

In den Jahren nach der Nahrungsmittelpreiskrise investieren die Gates Foundation, das WEF sowie einige Großkonzerne wie der norwegische Düngemittelproduzent Yara und die Saatguthersteller Monsanto und Syngenta Milliardenbeträge in ein Netzwerk von teils neu gegründeten, teils schon vorher existierenden Multi-*Stakeholder*-Plattformen im Agrarbereich. Der geographische Schwerpunkt dieser Initiativen ist der afrikanische Kontinent; zu den wichtigsten gehören die *Alliance for a Green Revolution in Africa (AGRA), Grow Africa* und die *New Alliance for Food Security and Nutrition*. Die privatwirtschaftlichen Geldgeber:innen bemühten sich, zu Legitimationszwecken wichtige Vertreter:innen von UN-Organisationen als Aushängeschilder für sich zu gewinnen – so wurde zum Beispiel Kofi Annan, nachdem er 2006 von seinem Posten als UN-Generalsekretär zurückgetreten war, zum Vorsitzenden der Initiative AGRA. All diese Organisationen haben sich den wohltätigen Zweck der Bekämpfung des Hungers und der Verbesserung der Ernährungssicherheit durch die Unterstützung der afrikanischen Kleinbauernschaft gesetzt.

Wie aber stellen sie sich diese Unterstützung vor? Bill Gates persönlich erklärt es uns in einem Vortrag: „Die Kennzahlen sind hier ziemlich einfach. Ungefähr drei Viertel der Armen, die auf diesen Farmen leben, brauchen größere Produktivität, und wenn sie diese Produktivität bekommen, werden wir die positiven Auswirkungen im Bereich des Einkommens, der Gesundheit und beim Prozentsatz der Kinder, die zur Schule gehen, sehen. (...) Das Großartige an der Landwirtschaft ist, dass man, sobald man eine Initialzündung hat – das richtige Saatgut und Information – vieles dem Markt überlassen kann.“ Das „richtige Saatgut“ kommt dabei von Konzernen wie Monsanto und Syngenta. Es handelt sich meist um gentechnisch veränderte, hybride Sorten, die hohe Erträge bringen. Jedoch können die Bäuer:innen aus diesen Pflanzen nicht selbst Samen für den nächsten Anbauzyklus gewinnen – sie müssen diese stets auf Neue kaufen. Wenn sie erst einmal keine Vorräte an traditionellem Saatgut mehr haben, sind sie auf Gedeih und Verderb von Monsanto und Co abhängig. Diesen Mechanismus gab es schon vorher, neu ist jedoch seine massive Förderung durch vermeintlich gemeinnützige Organisationen.

Die von Bill Gates erwähnten „Informationen“ kommen von den Multi-*Stakeholder*-Initiativen selbst, deren Werbekampagnen die Kleinbäuer:innen



Gewünschte Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft nach der Vorstellung der Syngenta Foundation

vom Einsatz des neuartigen Saatguts überzeugen sollen. Darüber hinaus unterstützen sie den Prozess auch durch die Bereitstellung von Transport- und Vertriebsinfrastruktur, den Aufbau von Musterfarmen und die Verhandlung mit afrikanischen Regierungen über den Abbau von Handelsschranken, Steuererleichterungen und den Schutz von Patentrechten.

Ist diese Konstellation erst einmal etabliert, kann tatsächlich vieles den Kräften des Marktes überlassen werden: Ein Schaubild der *Syngenta Foundation* beschreibt die Effekte der gewünschten Transformation der afrikanischen Landwirtschaft in dankenswerter Offenheit: In mehreren Etappen verwandeln sich hier „subsistence smallholders“ in „advanced farmers“ wobei die Produktivität dank des Einsatzes von „multi-trait hybrid seeds“ immer mehr steigt. Der ganze Prozess ist dabei von einer „migration out of agriculture“ begleitet. Hier wird ausgesprochen, was sonst meist von der menschenfreundlichen Propaganda verschleiert wird: Dass es natürlich nicht alle kleinbäuerlichen Haushalte schaffen, zu profitablen agrarkapitalistischen Betrieben aufzusteigen. Diese Entwicklung ist nur als Konzentrationsprozess denkbar, in dem sich einige wenige konkurrenzfähige Agrarunternehmen durchsetzen. Die meisten Kleinproduzent:innen müssen irgendwann ihre Höfe aufgeben und sich entweder als Lohnarbeiter:innen in den neu entstandenen Großfarmen verdingen oder aber in die Städte abwandern. Im Kern geht es darum, in einer der letzten noch nicht komplett durchkapitalisierten Regionen der Erde die *ursprüngliche Akkumulation* in Gang zu setzen: Die Trennung der Menschen von ihrem Land und damit die Freisetzung kommerziell nutzbaren Bodens auf der einen und besitzloser Lohnabhängiger auf der anderen Seite. Die von Klaus Schwab, Bill Gates und Co propagierte Unterstützung der afrikanischen Kleinbäuer:innen läuft langfristig auf deren Abschaffung als Klasse hinaus.

Längst regt sich dagegen Widerstand der Betroffenen: Bäuerliche Selbstorganisationen mobilisieren in vielen Ländern des Kontinents gegen die Aktivitäten der Multi-*Stakeholder*-Initiativen. Ein Vertreter einer solchen Selbstorganisation fasst deren Sichtweise zusammen: „Jenseits der frommen Absichten der Unterstützer:innen der *New Alliance* tritt deren Gier nach den natürlichen Ressourcen Afrikas immer deutlicher zutage. Das ist nicht länger eine Vermutung: Interessen des privaten Sektors wurden klar aufgedeckt, sie bestätigen auf traurige Weise die Landraubstrategien, die wir vor Kurzem in Afrika beobachteten. (…) Es ist Zeit für uns, aus mehr als dreißig Jahren der Privatisierung und der Liberalisierung der ländlichen Ökonomie unter ausländischem Einfluss zu lernen, bevor wir den Agrarsektor noch mehr für die Interessen der Investor:innen öffnen. Ich glaube, dass sich diese Probleme auch auf unsere Analyse von Initiativen wie AGRA, Grow Africa oder die New Alliance auswirken sollten.“

Seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine wird vor einer neuen Hungernot in Afrika gewarnt, da viele Länder des Kontinents nach wie vor massiv von Getreideimporten abhängen, die zu großen Teilen aus Russland und der Ukraine stammen und nun aufgrund der dortigen Krise auszufallen drohen.[26] Anstatt der propagierten „Ernährungssicherheit" näher zu kommen, ist die afrikanische Bevölkerung, nicht zuletzt dank des Wirkens der philantropischen Konzerninitiativen, heute von diesem Ziel weiter entfernt denn je.

Umbau des internationalen Gesundheitswesens

Ein weiterer Bereich, in dem Multi-*Stakeholder*-Initiativen eine bedeutende Rolle spielen, ist das internationale Gesundheitswesen. Zentrale Akteure sind hier einmal mehr die Gates Foundation sowie der vom Pharmakonzern Wellcome gegründete *Wellcome Trust*. Ich werde mich im Folgenden im Wesentlichen auf die Darstellung des linken Arztes und Historikers Karl Heinz Roth stützen, der in seinem neuen Buch über die Corona-Pandemie[27] diesen Aspekt des Themas gut darstellt.

In der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts war das internationale Gesundheitswesen von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) geprägt. Diese 1946 gegründete Sonderorganisation der Vereinten Nationen erzielte von den 1950ern bis in die 1970er Jahre beträchtliche Erfolge beim Aufbau des öffentlichen Gesundheitswesens in den Entwicklungsländern und bei der Bekämpfung ansteckender Krankheiten. Seit Ende der 1970er Jahre waren jedoch zahlreiche Entwicklungs- und Schwellenländer in eine Schuldenkrise geraten und konnten infolgedessen ihre Mitgliedsbeiträge für die WHO nicht mehr bezahlen. Die fehlenden Geldmittel wurden durch freiwillige Spenden reicher Industrieländer nur teilweise ausgeglichen, sodass die Weltgesundheitsorganisation immer stärker in finanzielle Probleme geriet.

An dieser Stelle kommen private Großstiftungen und Pharmakonzerne in zweierlei Hinsicht ins Spiel: Zum einen finanzieren sie durch ihre Spenden einen wachsenden Anteil des WHO-Haushalts. Die Gates Foundation ist mittlerweile nach der US-Regierung der zweitgrößte Financier der WHO. Da ihre Zuwendungen in der Regel projektgebunden sind, erhalten die Geldgeber:innen Einfluss auf die Politik der Weltgesundheitsorganisation, indem sie Projekte bevorzugen, die ihren Profitinteressen nützen.[28]

Zum anderen übernehmen von privaten Konzernen gesteuerte Multi-*Stakeholder*-Plattformen selbst Aufgaben im Bereich des internationalen Gesund-

heitswesens, die von der WHO und ihren Unterorganisationen aufgrund von finanziellen Engpässen nicht mehr erfüllt werden können. Zu den wichtigsten Initiativen dieser Art gehört die im Jahr 2000 von der Gates-Stiftung gegründete *Global Alliance for Vaccine and Immunization (GAVI)*. In diesem Projekt arbeiten neben der Stiftung selbst die WHO, verschiedene Regierungen, große Pharmakonzerne sowie internationale Hilfsorganisationen wie die *Ärzte ohne Grenzen* zusammen. Ziel der Initiative ist es, Menschen in den Entwicklungsländern durch Impfungen besser vor gefährlichen Krankheiten zu schützen. Dabei entwickelte sich unter den beteiligten Organisationen ein Konflikt über die Prioritätensetzung, den Karl Heinz Roth wie folgt zusammenfasst: „Sollte zuerst die hygienische und medizinische Basisversorgung aufgebaut werden, um die Impfprogramme effizient durchführen zu können, oder hatten die Impfprogramme wegen der rasch zu erzielenden Erfolge Vorrang?“ Während die Hilfsorganisationen sowie einige Regierungen sich für eine nachhaltige Entwicklung des Gesundheitswesens aussprachen, setzten sich die Pharmakonzerne und die Gates-Stiftung für den „Impfen-zuerst-Ansatz“ ein – erstere wegen der zu erwartenden Renditen, letztere wegen des Prestigegewinns aufgrund der schnellen Erfolge. Wie in Multi-*Stakeholder*-Organisationen nicht anders zu erwarten, setzten sich am Ende die Interessen des privaten Kapitals durch. Die Folgen waren zwiespältig: Einerseits konnten tatsächlich viele Millionen Kinder vor Kinderlähmung, Diphtherie, Wundstarrkrampf, Meningitis und anderen Krankheiten geschützt werden. Andererseits mussten die Entwicklungsländer erhebliche Ressourcen und Personal für die Durchführung dieser Kampagnen aufwenden, was deren ohnehin lückenhafte, durch neoliberale Sparprogramme zusätzlich geschwächte Gesundheitssysteme stark belastete. „Das hatte zur Folge“, so Roth, „dass sich in vielen Slum Cities und ländlichen Regionen die allgemeine sanitäre und gesundheitliche Basisversorgung zusätzlich verschlechterte.“ Nebenbei sorgte die GAVI natürlich auch dafür, dass bei ihren Impfprogrammen hauptsächlich die Präparate westlicher Konzerne verwendet wurden – und nicht etwa die der indischen und chinesischen Konkurrenz, obwohl Studien diese als gleichwertig auswiesen und sie zudem wesentlich preisgünstiger waren.

Der Ansatz, Impfkampagnen den Vorrang gegenüber einer nachhaltigen Verbesserung der medizinischen Versorgung zu geben, entwickelte sich weit über das GAVI-Programm hinaus zu einem allgemeinen Trend der Gesundheitspolitik, der sich auch in den Industrieländern auswirkte. Dies hatte fatale Konsequenzen, die sich etwa bei der Pandemie-Vorsorge zeigten. Bereits 1999 hatte die WHO vor dem wachsenden Risiko neuartiger Influenza- und anderer Virusepidemien gewarnt und die Mitgliedsländer dazu aufgerufen, sich angemessen auf solche Ereignisse vorzubereiten. In vielen Ländern wurden daraufhin „Nationale Pandemiepläne“ erarbeitet, darunter auch in Deutschland. Der von der deutschen Expert:innenkommission ausgearbei-

tete Plan zur Pandemievorsorge sah im Wesentlichen drei Elemente vor: a) das Anlegen von Vorräten an Hygienematerialien (Desinfektionsmittel, Handschuhe, Schutzmasken usw.), um gefährdete Gruppen unmittelbar schützen zu können, b) die Bereitstellung zusätzlicher Kapazitäten in den Krankenhäusern, die im Ernstfall schnell verfügbar sind und c) die Bevorratung von Medikamenten bzw. den Aufbau von zusätzlichen, vom Staat bezuschussten Forschungskapazitäten in den medizinischen Laboren, um bei neu auftretenden Virusvarianten schnell passende Impfstoffe entwickeln zu können. Diese recht klare Handlungsanweisung wurde 2005 veröffentlicht. Die Behörden trieben jedoch nur Punkt c) voran, während in Bezug auf die ersten beiden Aspekte in all den Jahren nichts passierte, beziehungsweise sogar Betten in Krankenhäusern abgebaut wurden. Roth erläutert die Gründe: „Depots für Desinfektionsmittel und hygienischen Basisschutz passten genauso wenig in die aktuelle Entwicklung des Gesundheitswesens wie der Aufbau klinischer Reservekapazitäten. Dies hätte dem Generaltrend – der renditeorientierten Kommerzialisierung des Gemeinguts Gesundheit – widersprochen und den gerade in Gang gekommenen Ausverkauf der klinischen Infrastruktur durch die hoch verschuldeten Bundesländer und Städte gestört. Infolgedessen beschränkten sich die Vorkehrungen für den Pandemiefall immer stärker auf den renditeträchtigen Sektor der antiviralen Medikamente und Impfstoffe.“ In den meisten anderen Ländern sah die Situation nicht besser aus. Als dann während der Coronapandemie vielerorts eine Überlastung der Gesundheitssysteme drohte und teils auch tatsächlich eintrat, war das keineswegs eine Naturkatastrophe, sondern ein vermeidbares gesellschaftliches Versagen. Allerdings ist dafür in diesem Fall weniger die philanthropische Kapitalfraktion um Schwab und Gates, als vielmehr die neoliberale Gesundheitspolitik der Regierungen verantwortlich zu machen.

Noch ein weiterer Aspekt der Corona-Pandemie verdeutlicht die Politik der Großstiftungen gut. Als ab Frühjahr 2020 diverse Forschungslabore mit Hochdruck an Impfstoffen gegen Covid-19 arbeiteten, wurden Forderungen nach einer Aufhebung der Patente laut, um auch Menschen in Entwicklungsländern einen Zugang zu diesen Impfstoffen zu ermöglichen. Dies konnte aus naheliegenden Gründen nicht im Interesse der Pharmakonzerne sein. Die von der Gates-Stiftung kontrollierten Multi-*Stakeholder*-Initiativen GAVI und CEPI riefen daher kurzerhand selbst ein neues Projekt ins Leben, das auf den Namen *COVID-19 Vaccines Global Access* (COVAX) hört und es sich zum Ziel gesetzt hat, „sicherzustellen, dass Menschen in allen Teilen der Welt unabhängig von ihrem Wohlstand Zugang zu COVID-19-Impfstoffen erhalten“ .[29] So gelang es ihnen, die Forderung nach Patentfreigabe abzublocken; und da COVAX zu fast 80% durch Zuschüsse der Regierungen reicher Länder finanziert wird, kostete den philantropischen Stiftungen ihre großherzige Geste noch nicht einmal besonders viel.[30] In den folgenden Monaten machten ihnen jedoch die Regierungen einiger Industrieländern einen Strich

durch die Rechnung, indem sie im Alleingang große Mengen an Impfstoff für ihre Bevölkerungen sicherten. Dadurch wurde eine Spirale des „Impfnationalismus“ in Gang gesetzt, da andere Staaten nun ebenfalls Bestände für sich sichern wollten und schließlich Exportverbote verhängten. Am Ende blieb für COVAX nicht viel zum Verteilen übrig. Um nicht leer auszugehen, mussten die Regierungen der Schwellen- und Entwicklungsländer sich nach Alternativen umsehen – in der Folge entwickelte sich zunächst der russische Impfstoff *Sputnik V* zum Exportschlager. Später richtete China eine Kühlketten-Luftbrücke zwischen Beijing und der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba ein, um den afrikanischen Kontinent mit dem chinesischen Covid-Vakzin zu versorgen – sehr zum Ärger der westlichen Pharmakonzerne.[31] Diese Runde endete 1:0 für die Gegenkräfte des *Great Reset*.

Ein „globaler Staatsstreich“?

Nick Buxton, Mitarbeiter am linken, globalisierungskritischen *Transnational Institute*, das mit seinen Studien einiges zum Verständnis der Multi-*Stakeholder*-Initiativen beigetragen hat, fasst in einem Interview seine Sicht auf den *Great Reset* wie folgt zusammen: „Ich würde es als eine Art globalen, stillen Staatsstreich bezeichnen, der sich im Bereich der globalen Ordnungspolitik abspielt. Die meisten Leute sehen es nicht. (…) Nämlich, dass sie nicht mehr wie bisher durch Nationen, sondern in wachsendem Maße durch Körperschaften regiert werden, die niemandem verantwortlich sind und von Konzernen dominiert werden. (…) Das untergräbt wirklich die fundamentalen Prinzipien der Demokratie.“[32] – Haben wir es also doch mit einer Weltverschwörung zu tun?

Die deutsche Wikipedia definiert den Begriff „Verschwörung“ als „geheime Zusammenarbeit mehrerer Personen zum Nachteil Dritter“.[33] Wie wir gesehen haben, handelt es sich beim *Great Reset* um eine Zusammenarbeit führender Personen aus dem Spektrum der liberalen, westlichen Bourgeoisie, um die Macht ihrer Klientel zum Nachteil des Kapitals der aufstrebenden Schwellenländer, der eher nationalistisch orientierten Teile der westlichen Eliten und nicht zuletzt zum Nachteil der Lohnabhängigen und der Kleinbauernschaft weltweit zu festigen und auszuweiten. Auch der Aspekt des „Geheimen“ ist gegeben, da es die Elite von Davos ja relativ gut versteht, ihre Macht- und Profitinteressen hinter einer wohltätigen Fassade zu verbergen. Insofern scheint mir der Tatbestand der „Verschwörung“ durchaus gegeben.

Dennoch müssen an dem von Buxton gezeichneten Bild einige Korrekturen vorgenommen werden: *Erstens* weckt der Begriff „globaler Staatsstreich“ die Assoziation einer die alleinige Macht beanspruchenden Weltregierung.

Derartiges wird von Klaus Schwab und seinen Verbündeten nicht angestrebt: Es geht ihnen nicht darum, die Nationalstaaten aufzulösen und ihre Regierungen abzusetzen, sie möchten sich lediglich als weltpolitischer Machtfaktor *neben* diesen etablieren. Und selbst wenn das WEF im Verborgenen noch weiter reichende Pläne hätte – was keineswegs ausgeschlossen ist –, so könnte es diese wohl kaum eins zu eins umsetzen: Andere Kräfte haben auch Pläne und machen der philantropischen Kapitalfraktion nicht selten einen Strich durch die Rechnung.

Zweitens darf Ursache und Wirkung nicht verwechselt werden. Es ist nicht so, dass Schwab, Gates und die von ihnen gegründeten Vereinigungen die nationalen Regierungen aktiv aus der globalen Ordnungspolitik herausgedrängt hätten. Vielmehr haben die Staatsführungen selbst die UN-Organisationen jahrelang missachtet und finanziell ausbluten lassen und so erst das Vakuum geschaffen, dass dann später von den Multi-*Stakeholder*-Initiativen besetzt werden konnte.

Drittens erscheint es recht naiv, die Herrschaft durch Nationalstaaten und deren Regierungen als positive, demokratische Norm der „nicht legitimierten“ Konzernherrschaft entgegenzustellen. Die Geschichte mindestens der letzten hundert Jahre zeigt zur Genüge, dass die Lohnabhängigen schlecht beraten sind, wann immer sie sich auf die Vertretung durch Parlamente und Regierungen verlassen. Es geht nicht darum, sich zwischen dieser oder jener Clique der Herrschenden zu entscheiden, sondern eine Bewegung aufzubauen, die sich gegen *alle* Formen der Herrschaft wendet.

Die Verbreitung einer solchen Perspektive ist wichtiger, da ja gerade die liberalen, philantropischen Teile des Kapitals bemüht sind, sich als „verantwortungsbewusste“ Alternative zu den offen autoritär, nationalistisch und „klimafeindlich“ auftretenden Fraktionen der Herrschenden darzustellen. So dient sich Klaus Schwab der ökologischen Bewegung als Bündnispartner an und hofft darauf, Teile derselben für seinen Weg eines „grünen“ Kapitalismus einspannen zu können. Im *Great-Reset-Buch* hofft er darauf, dass nach dem Ende der Corona-Lockdowns „die Klimaaktivisten ihre Anstrengungen verdoppeln und noch stärkeren Druck auf Unternehmen und Investoren ausüben“. Dabei sollten sie von einem „Aktivismus der Investoren“ unterstützt werden. Er träumt von einem Bündnis aus grüner Bewegung und grünem Kapital: „Eine Gruppe grüner Aktivisten könnte vor einem Kohlekraftwerk demonstrieren, um eine striktere Umsetzung der Umweltschutzbestimmungen zu fordern, während eine Gruppe von Investoren im Sitzungssaal dasselbe tut, indem sie dem Werk den Zugang zu Kapital entziehen.“ (173) Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben von antikapitalistischen Kräften innerhalb sozialer Bewegungen, solche Ideen als gefährliche Irrwege zu entlarven.

Teil 2: Die Opposition gegen den Great Reset?

Innerhalb des Milieus, das sich gegen den *Great Reset* wendet, wurden, je nach politischer Grundhaltung, teils recht unterschiedliche Gegenentwürfe zur Herrschaft der neoliberalen Eliten entwickelt. Im Folgenden werde ich exemplarisch auf zwei Bücher genauer eingehen, deren unterschiedliche Perspektiven mir jeweils eine bestimmte Fraktion innerhalb der Opposition gegen den *Great Reset* zu repräsentieren scheinen.

C.E. Nyder: liberale Opposition gegen den Great Reset

Im Mai 2021 erschien das Buch Great Reset: *Der Angriff auf Demokratie, Nationalstaat* und *bürgerliche Gesellschaft* von Dr. C.E. Nyder.[34] Der Name ist ein Pseudonym, hinter dem sich laut Klappentext ein Autorenkollektiv verbirgt. Der Einfachheit halber werde ich im Folgenden das Kollektiv als eine Person behandeln und nur „Nyder“ schreiben, wenn ich die Verfasser:innen des Buches meine. Das Buch ist in der Öffentlichkeit eher unbekannt; im Internet finden sich kaum einschlägige Verweise, Rezensionen oder Kritiken. Es hat jedoch den Vorzug, dass es verschiedene Gedanken, die häufig in anderen Artikeln, Slogans oder *social media posts* auftauchen, in einer zusammenhängenden Argumentation verbindet. So kann die Auseinandersetzung mit C.E. Nyder dazu beitragen, die Weltsicht eines bestimmten gesellschaftlichen Milieus besser zu verstehen.

In dem Buch wird das aktuelle Zeitgeschehen vor dem Hintergrund einer vermeintlich besseren Vergangenheit kritisiert: dem westdeutschen Staat in der Zeit des Kalten Krieges der 1950-1980er Jahre. In der damaligen „Bonner Republik“, so Nyder, seien Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und freie Marktwirtschaft noch intakt gewesen und alle Bürger:innen hätten die Möglichkeit gehabt, sich durch Fleiß und Sparsamkeit zumindest ein bescheidenes Vermögen zu erwirtschaften. Nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ und dem Zusammenbruch des Ostblocks habe es dann kurzzeitig so ausgesehen, als stünde „einer goldenen, demokratischen Zukunft nichts mehr im Wege“ (N 8), da das Gesellschaftsmodell des liberalen Kapitalismus nun unangefochten herrschen würde.

Schon bald habe sich jedoch herausgestellt, dass dem „freien Westen“ ein neuer Gegner erwachsen sei, der ihn aber nicht wie der Sowjetkommunismus von außen, sondern von innen bedrohe. Seit den 1990er Jahren habe sich in den USA ein neues „Ideensammelsurium“ herausgebildet, die „Ideologie des Globalismus“. In dieser neuen Weltanschauung verbinde sich „der

freischwebende Geist der Hippies mit dem unternehmerischen Antrieb der Yuppies", „der radikale soziale und kulturelle Liberalismus der einen verleiht dem hohlen Materialismus der anderen Seite moralische Tiefe. [...] Als Hohepriester der neuen weltlichen Religion identifizieren wir die Spitzen der Tech-Giganten – Leute wie Steve Jobs, Bill Gates, Jeff Bezos oder Jack Dorsey." (N 124) – Es lässt sich in dieser Charakterisierung durchaus jene Mischung aus neoliberaler Globalisierung und moralischem Menschheitsrettungspathos wiedererkennen, die auch den „Geist von Davos" kennzeichnet. Die von Nyder beschriebene Allianz von Hippies und Yuppies erscheint wie eine amerikanische Variante des Stelldicheins des Unternehmers Klaus Schwab und der Klimarettungsikone Greta Thunberg auf dem Weltwirtschaftsforum.

Die Propagandist:innen des Globalismus hätten ihren Einfluss dies- und jenseits des Atlantiks zunächst eher unauffällig und in kleinen Schritten ausgeweitet. In Laufe des letzten Jahrzehnts hätten sie jedoch eine große Offensive gestartet, um ihrer Ideologie vollends zum Durchbruch zu verhelfen: den *Great Reset*, der nichts anderes sei als der „Projektname für den weltweiten Umsturz", der darauf abziele, demokratische Gesellschaften in dystopische Überwachungsstaaten zu verwandeln. (N 15f.) Wie kommt es, dass ein überzeugter Anhänger des liberal-kapitalistischen Westens wie Nyder dem Führungspersonal eben dieses Westens derart finstere Pläne unterstellt? Schauen wir uns dazu genauer an, was er mit den „Angriffen" meint, die der *Great Reset* „auf Demokratie, Nationalstaat und bürgerliche Gesellschaft" begonnen habe.

Angriff auf die bürgerliche Gesellschaft?

Was versteht Nyder unter der „bürgerlichen Gesellschaft", die durch den *Great Reset* bedroht sei? Er meint damit eine soziale Ordnung, die auf Marktwirtschaft und privatem Eigentum beruht. Nur eine solche sei in der Lage, die Freiheit des Individuums zu garantieren: „Diesem Gedanken liegt die Annahme zugrunde, dass echte Wahlfreiheit nur in einem ungeregelten und freien Markt herrscht. Das ergibt sich aus der Überlegung, dass ein Gemeinwesen, das von jedem Einzelnen verlangt, seines eigenen Glückes Schmied zu sein, diesem auch alle Möglichkeiten zur Entfaltung der individuellen Talente bieten müsse." (N 110) Freiheit besteht für Nyder also in der Möglichkeit, sich auf dem Markt erfolgreich gegen die Konkurrenz zu behaupten. Warum aber soll ausgerechnet die globale Business-Elite dieses Prinzip infrage stellen?
Den diesbezüglichen Sündenfall – und damit gewissermaßen den Auftakt zum *Great Reset* – stellt für Nyder der Umgang mit der Weltfinanzkrise von

2008 dar. Damals wurden von vielen Staaten als „systemrelevant“ eingestufte Banken mit Milliardensummen vor der Pleite bewahrt sowie mit anderen drastischen Eingriffen ins Marktgeschehen versucht, einen Kollaps der Weltwirtschaft zu verhindern. Nyder kritisiert, dass die Kosten für die Stabilisierung des Finanzsektors auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt wurden: „Diese Summen sind ein Schlag ins Gesicht der deutschen Steuerzahler. Schließlich sind sie es, welche die Bankenrettung bezahlen. Dementsprechend groß ist die Empörung. Völlig zu Recht macht das bittere Schlagwort die Runde: ‚Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren!‘“ (N 89) Diese Politik habe sich wenig später bei der Griechenlandkrise bzw. Eurokrise fortgesetzt, als die EU ihre angeschlagenen Südländer finanziell unterstützt und so letztlich die Steuerzahler:innen der wohlhabenderen Staaten für deren Schulden habe haften lassen. Auch die massive und dauerhafte Senkung des Leitzinses, mit der die Europäische Zentralbank seit 2009 die Konjunktur zu stützen versuchte, lehnt Nyder ab. Die Niedrigzinspolitik sollte es Unternehmen ermöglichen, günstig an Kredite zu kommen; sie bedeutete aber auch, dass Normalbürger:innen praktisch keine Zinsen für ihre Ersparnisse mehr bekamen, bzw. sogar dafür bezahlen mussten, ihr Geld bei der Bank zu deponieren. Dadurch würden wir „schleichend enteignet“, kritisiert Nyder: „Einst war Deutschland das Land der Sparer. Doch Sparen lohnt sich hierzulande nicht mehr. Während früher der Zinseszinseffekt dafür gesorgt hat, dass ein Sparbuch und ein Festgeldkonto ausreichten, um Vermögen aufzubauen, steht am Beginn der 2020er Jahre der Strafzins.“ (N 100)



Grafik aus C.E. Nyders Buch

Wie hätte der Staat stattdessen auf die Krise reagieren sollen? Laut Nyder wäre es das Beste gewesen, einfach dem freien Spiel der Marktkräfte seinen Lauf zu lassen: „Für die Betroffenen ist das Platzen einer Blase selbstverständlich eine Katastrophe. Auf das Ganze gesehen ist ein solcher ökonomischer Crash allerdings notwendig für die wirtschaftliche Fortentwicklung. (...) Der Crash beseitigt alte, überlebte Strukturen und schafft so Raum für eine Neuordnung der Verhältnisse, in der frische, junge Konzepte, befreit von den Fesseln des Alten, ihr Glück versuchen können." (N 84) Der „Angriff auf die bürgerliche Gesellschaft" der Eliten bestand für Nyder also darin, dass sie, im Interesse des angeschlagenen Finanzkapitals, die reine Lehre der freien Marktwirtschaft verraten und die „schöpferische Zerstörung" (N 84) der Krise daran gehindert hätten, ihr Werk zu verrichten. Nyder steht mit dieser Position nicht allein da; eine Kritik an der Krisenpolitik der Bundesregierung aus marktliberaler Sicht war damals in bürgerlichen Kreisen weit verbreitet. Es sei daran erinnert, dass die AfD 2012 ursprünglich als rechtsliberale Opposition zur Griechenland- und Eurorettungspolitik gegründet worden war.

Wie ist diese Kritik zu beurteilen? Nyder hat recht, wenn er beklagt, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit gelöst wurde. Es ist allerdings bezeichnend, dass er die Menschen vornehmlich als „Steuerzahler" und „Sparer" anspricht, die durch die Krisenlösungsmaßnahmen „enteignet" würden. Es entgeht ihm dabei eine viel fundamentalere Enteignung: die Tatsache, dass die Mehrheit der Menschen in unserer Gesellschaft keine Produktionsmittel besitzen und daher gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, sprich ihre schöpferischen Fähigkeiten unter fremdem Kommando und zu fremden Zwecken zu verausgaben. Unsere Ausbeutung durch die Lohnarbeit ist eine Grundtatsache des Kapitalismus, die die Voraussetzung für zusätzliche Belastungen wie steigende Steuern und reduzierte Sparzinsen darstellt. Nyder sieht diesen Zusammenhang nicht, da es in seiner liberalen Weltsicht keine Klassen, sondern nur individuelle Marktteilnehmer:innen gibt. Ein Arbeitsvertrag begründet für ihn kein Ausbeutungsverhältnis; er ist für ihn einfach eine freie Vereinbarung zwischen zwei unabhängigen Personen, so unschuldig und natürlich wie wenn Hans sein altes Handy seiner Bekannten Lisa für 100€ überlässt.

Indem er die Ausbeutung der Lohnarbeit ausblendet, entgeht Nyder auch, dass die zunehmende soziale Ungleichheit und Verarmung in Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten wohl weniger auf Veränderungen von Steuern und Zinsen, als vielmehr auf einschneidende Umbrüche am Arbeitsmarkt zurückzuführen sind: Seit den berüchtigten Hartz-Reformen der Schröder-Regierung ist hierzulande der Anteil von unsicheren und schlecht bezahlten Jobs stark angewachsen; Deutschland verfügt mittlerweile über einen der ausgeprägtesten Billiglohnsektoren Europas.[35] Immer mehr Lohnabhängige haben überhaupt nicht die Möglichkeit, Geld zurückzulegen – weshalb ihnen

die von Nyder beklagten Niedrigzinsen herzlich egal sein dürften.

Auch die von Nyder nahegelegte Alternative, ökonomische Krisen einfach ihren natürlichen Gang gehen zu lassen, anstatt zu versuchen, sie mit staatlichen Mitteln einzuhegen, ist nicht überzeugend. Krisen des modernen, globalisierten Kapitalismus sind von einem anderen Kaliber als die lokal begrenzte, heute fast idyllisch anmutende holländische Tulpenkrise des Jahres 1637[36], die Nyder als Beispiel heranzieht. Laut einhelliger Meinung sowohl seiner Befürworter:innen als auch seiner Gegner:innen stand das kapitalistische Weltsystem 2008 am Abgrund. Die letzte weltweite Wirtschaftskrise, die weitgehend ungebremst ihren Lauf nahm, war diejenige, die auf den Crash an der New Yorker Börse im Oktober 1929 folgte. 1932 stieg die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf sechs Millionen, 1933 kam Adolf Hitler an die Macht, 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Mit einer gehörigen Portion Zynismus kann all dies als die „schöpferische Zerstörung" gesehen werden, die notwendig war, um das „Wirtschaftswunder" der Nachkriegszeit zu ermöglichen. Da sich diese Sichtweise aber schlecht mit Nyders Verehrung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verträgt, denke ich, dass er in diesem Punkt nicht zynisch, sondern eher etwas naiv ist.

Die staatlichen Krisenmaßnahmen waren kein Angriff auf die bürgerliche Gesellschaft. Im Gegenteil, sie waren der verzweifelte Versuch, die bürgerliche Gesellschaft in einer Situation am Leben zu erhalten, in der tiefgreifende soziale Widersprüche ihre Unvernunft immer deutlicher zutage treten lassen. So sehr Nyder zuzustimmen ist, wenn er die Krisenlösung auf dem Rücken der Bevölkerung kritisiert, so entschieden muss ihm widersprochen werden, wenn er dies vom Standpunkt des freien Marktes aus tut. Die einzig sinnvolle Antwort auf kapitalistische Krisen bestünde für die lohnabhängige Klasse in kollektivem, organisierten Widerstand von unten gegen die Zumutungen sowohl des Marktes als auch des Staats. Dies ist allerdings eine Perspektive, die einem wie Nyder, der davon ausgeht, dass auf dem Markt jedes Individuum „seines eigenen Glückes Schmied" ist, schwerlich in den Sinn kommt.

Angriff auf den Nationalstaat?

Inwiefern bedroht der *Great Reset* den Nationalstaat? Wie im ersten Teil dieses Textes beschrieben, schwebt Klaus Schwab und seinen Leuten eine Vision globaler Ordnungspolitik vor, in der tatsächlich Aufgaben und Entscheidungen, die bisher in der Hand von Nationalstaaten waren, zunehmend von internationalen, konzerngesteuerten Organisationen übernommen werden. Darum geht es Nyder hier aber nicht – er spricht über nationale Identität und Migration. Ihm zufolge sei ein wesentlicher Bestandteil des liberalen Eli-

tenprojekts „ein von langer Hand vorbereitetes Neuansiedlungsprogramm, mit dessen Hilfe Millionen von Armutsflüchtlingen aus Nordafrika sowie aus dem Nahen und Mittleren Osten nach Deutschland und Europa geholt werden sollen“ (N 147). Beabsichtigt sei dabei eine grundlegende Veränderung der Bevölkerungsstruktur Europas: Die Migrationspolitik sei „der staatlich beförderte und betriebene Versuch, eine alles in allem noch homogene Gesellschaft durch ein multikulturelles Vielvölkergemisch zu ersetzen“ (N 246). Als Kronzeugen, dass es sich dabei nicht etwa um einen naturwüchsigen Prozess, sondern um eine bewusste Strategie handelt, bezieht sich Nyder unter anderem auf den deutsch-amerikanischen Politikwissenschaftler Yascha Mounk. Dieser hatte für einige Aufregung gesorgt, als er am 20. Februar 2018 im Interview mit den Tagesthemen davon sprach, „dass wir ein historisch einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln“.[37] „Da haben wir‘s!“, riefen damals wie Nyder auch viele andere Kritiker:innen der Zuwanderungspolitik, endlich spricht es einer offen aus, dass es sich beim Weg in die multikulturelle Gesellschaft um ein von oben eingefädeltes „Experiment“ handelt, bei dem wir, die angestammte Bevölkerung, als Versuchskaninchen herhalten müssen! Mounks Experiment ist in dieser Interpretation also nichts anderes als der *Große Austausch* der europäischen Bevölkerungen, den rechte Kreise seit Jahren beschwören.

Aber zu welchem Zweck soll dieses Experiment betrieben werden? Laut Nyder gehe es darum, die nationale Identität der europäischen Staaten zu zersetzen. Mit besonderem Eifer täte sich dabei die politische Klasse Deutschlands hervor, die, aus schlechtem Gewissen über die Nazivergangenheit und falsch verstandenem Antifaschismus „dem eigenen Volk, quasi vor Hass glühend, die nationale, kulturelle und religiöse Identität austreiben will“ (N 147). Gezeigt habe sich das insbesondere in der Grenzöffnungspolitik der Merkel-Regierung während der Flüchtlingskrise von 2015. Letztendlich seien Merkel und Konsorten dabei aber nur die politischen Ausführungsorgane der internationalen, „globalistischen“ Finanz- und Wirtschaftseliten. Diesen, so Nyder, ginge es bei der „Zerstörung der freien und souveränen Völker und Nationen Europas“ letztlich darum, eine künftige „Sklavengesellschaft“ vorzubereiten. (N 256) Durch die ethnische Durchmischung beabsichtigten die Eliten, die Bevölkerung ihrer Länder in eine Ansammlung einander fremd bis feindlich gegenüberstehender Gruppen und Individuen aufzulösen, die weder zu einem Gemeinschaftsgefühl noch zu kollektivem Handeln in der Lage seien. So hofften sie, uns in eine leicht formbare Masse zu verwandeln, die ihren Plänen keinen Widerstand entgegensetzen können.

Sehen wir uns genauer an, was von diesen Vorstellungen zu halten ist. Zunächst ist unbestreitbar, dass die meisten westeuropäischen Länder in steigendem Maße von Einwanderung geprägt sind. Waren Frankreich, England

und Deutschland nach dem 2. Weltkrieg noch weitgehend ethnisch homogen, so begann Ende der 1950er Jahre ein verstärkter Zuzug von Migrant:innen, die vor allem in den größeren Städten wachsende ethnische Minderheiten bildeten. Dieser Trend ist bis heute ungebrochen: In den letzten 20 Jahren hat sich der Anteil im Ausland geborener Einwohner:innen in Österreich von 10% auf 19,5% beinahe verdoppelt, in Norwegen stieg der Anteil von 6,5% auf 15,6%, in der Schweiz ist mittlerweile fast ein Drittel der Einwohner:innen im Ausland geboren.[38] Diese anhaltende Einwanderung verändert die demographischen Verhältnisse drastisch: Seit 2015 ist Frankfurt am Main die erste deutsche Großstadt, in der Migrant:innen und deren Kinder mehr als die Hälfte der Einwohner:innenschaft ausmachen, Nürnberg, Stuttgart und München werden wahrscheinlich bald folgen. Auch in anderen europäischen Metropolen wie London, Brüssel und Amsterdam sind die Angehörigen der bisherigen ethnischen Mehrheitsbevölkerung längst zu einer Minderheit geworden.[39]

Richtig ist auch, dass die Einwanderung der letzten Jahrzehnte von den wirtschaftlichen Eliten in der Regel begrüßt, unterstützt und häufig aktiv organisiert wurde. Schon die Anwerbung der Gastarbeiter:innen in den 1950er bis 1970er Jahren hatte bekanntlich den Zweck, den Bedarf der boomenden Wirtschaft an zusätzlichen Arbeitskräften zu stillen. Auch die Unternehmen des 21. Jahrhunderts sind an Migration interessiert und betreiben entsprechende Lobbyarbeit. Im Jahr 2013 gab das World Economic Forum ein Papier mit dem Titel *The Business Case for Migration*[40] heraus, dessen erklärtes Ziel es war, auf zwischenstaatlichen Verhandlungen zum Thema Migration einzuwirken. Für den reibungslosen Ablauf der Geschäfte sei es wichtig, heißt es in dem Text, „dass alle der benötigten Fähigkeiten zur richtigen Zeit, am richtigen Ort und auf die effektivste Weise verfügbar sind".[41] Dies sei aber in zahlreichen Staaten mit alternder und schrumpfender Bevölkerung immer weniger der Fall. Und leider würde es den Unternehmen von vielen Regierungen durch bürokratische Hürden und Abschottung der Arbeitsmärkte schwer gemacht, diese Lücken mittels Anwerbung von Mitarbeiter:innen aus dem Ausland zu füllen. Darüber hinaus täten sich sogar „von Australien bis Simbabwe" politische Parteien damit hervor, im Wahlkampf zusätzliche Beschränkungen für Migration zu fordern.[42] Diese Entwicklung sei für die Interessen der Wirtschaft überaus schädlich. Das *Weltwirtschaftsforum* fordert daher: „Die Regierungen müssen im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftswachstums den Ton in der Debatte ändern und für Migration werben."[43] Nyder hat also durchaus recht, wenn er die Förderung von Migration als Teil des *Great Reset* betrachtet – allerdings geht es den in Davos versammelten Milliardär:innen dabei weniger um die „Neuansiedlung von Armutsflüchtlingen" als vielmehr um die effiziente Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte.

Wie aber sieht es mit dem „Angriff auf die nationale Identität" aus, den Nyder der globalen Businesselite vorwirft? Ein Vertreter dieser Elite, Peter Sutherland, Ex-Aufsichtsratsvorsitzender der Investmentbank *Goldman Sachs* und von *British Petroleum* sowie UN-Sondergesandter für Migration, hielt im Juni 2012 eine Rede vor dem Oberhaus des britischen Parlaments. In dieser beklagte er, dass die aus ökonomischen Gründen dringend notwendige Migration durch die nationalen Befindlichkeiten vieler Europäer:innen behindert würde, die „immer noch ein Gefühl der Homogenität und des Unterschieds zu anderen pflegen". Die EU sollte daher ihr bestes tun, um solche Vorstellungen zu „untergraben". Die nationale Homogenität früherer Tage könne in einer globalisierten Welt nicht überleben; im Interesse des Wirtschaftswachstums müssten die europäischen Gesellschaften sich in „multikulturelle Staaten" verwandeln.[44]

Ein führender Investmentbanker, der dazu aufruft, die nationale Identität zu untergraben – das passt perfekt in Nyders Narrativ! Beim genaueren Hinsehen fällt allerdings auf, dass Nyder hier Zweck und Mittel vertauscht: Während laut seiner Darstellung die massenhafte Einwanderung dazu dient, das Nationalgefühl zu zersetzen, ist der Hauptzweck der Migration laut Sutherland die Bereitstellung von Arbeitskräften; die Veränderung des nationalen Selbstverständnisses sieht er als Anpassung des ideologischen Überbaus an die Notwendigkeiten der ökonomischen Basis.

Bleibt die Hypothese des künftigen „Sklavenstaats": Dient die ethnische Durchmischung dazu, uns besser zu beherrschen? Zunächst lässt sich zugestehen, dass, wie einst die Sklavenbesitzer:innen der Antike, so auch die modernen Kapitalist:innen ein Interesse daran haben, den Zusammenhalt ihrer Untergebenen zu schwächen, sie einander zu entfremden und zu vereinzeln, um Rebellionen zu verhindern. Zwar taten sich gerade die Deutschen in den letzten Jahrzehnten nicht durch besonders rebellisches Verhalten hervor; die hiesigen Herrschenden mussten wenig Angst haben, dass ihre Projekte durch Widerstand von unten vereitelt wurden. Jedoch befinden wir uns in Zeiten sich verschärfender Krisen: Die Konfrontation der imperialistischen Blöcke spitzt sich zu, Inflation und allgegenwärtige Lieferengpässe kündigen möglicherweise das baldige Ende der relativ privilegierten Position der Lohnabhängigen in der westlichen Welt an. Es ist durchaus plausibel anzunehmen, dass unsere Regierungen in einer solchen Situation darüber nachdenken, wie sie die Kontrolle über uns ausweiten können.

Nur: Es ist überaus unplausibel anzunehmen, dass ausgerechnet die Schwächung des Nationalgefühls der Herrschaftsabsicherung dienen soll. Der Nationalismus ist in der bisherigen Geschichte nicht als Motivation für Widerstand gegen kapitalistische Ausbeutung in Erscheinung getreten. Im Gegenteil: Er sorgte dafür, dass die Lohnabhängigen sich entlang ethnischer

Linien spalten ließen und sich mit den „Interessen der Nation“ identifizierten, die in Wahrheit stets die Interessen der Reichen und Mächtigen waren. Ich glaube daher auch nicht, dass die Eliten der westlichen Welt künftig auf Nationalismus verzichten werden. Kommen wir noch einmal auf Yascha Mounk zurück, den Propheten des „einzigartigen Experiments“ der multiethnischen Demokratie. In einem neueren Interview erklärt er, dass er „dem Patriotismus zunächst mal sehr skeptisch gegenüberstand“, mittlerweile jedoch erkannt habe, „dass das etwas sehr Wichtiges ist“. In multikulturellen Gesellschaften könne das Nationalgefühl jedoch nicht mehr sinnvoll durch das Band der gemeinsamen Abstammung gestiftet werden. Er plädiert daher für einen inklusiven „Kulturpatriotismus“, zu dem sich Staatsbürger:innen unterschiedlicher Herkunft bekennen können und der sich auf die Verbundenheit mit typischen Sitten und Alltagspraktiken des Landes gründe, in denen sich dessen kulturelle Vielfalt widerspiegle.

Das klingt weltoffener und humaner als die Blut-und-Boden-Ideologie vergangener Tage. Doch auch der neue Patriotismus ist keineswegs harmlos. „Die Wichtigkeit des Patriotismus sehen wir zum Beispiel gerade in der Ukraine,“ führt Mounk aus. Hier werde deutlich, „dass wir natürlich in Konfliktsituationen es auch schaffen müssen, einen wirklichen Zusammenhalt zu haben“.[45] Ein solcher Zusammenhalt kann aber in kapitalistischen Gesellschaften nichts anderes als der ideologische Kitt sein, der ausbeutende und ausgebeutete Klassen aneinander bindet. So hat auch der bunte Kulturpatriotismus letztlich den Zweck, uns „in Konfliktsituationen“ dazu anzuhalten,



Aktuelles Propagandaplakat der Bundesregierung

für „unser“ Land und „unsere“ herrschenden Cliquen den Gürtel enger zu schnallen und irgendwann auch wieder in den Krieg zu ziehen. Ein schönes Beispiel für diesen neuen Nationalismus ist eine aktuelle Plakatkampagne der deutschen Bundesregierung. „Liebe 80 Millionen, wer Energie spart, stärkt Deutschlands Unabhängigkeit“, heißt es dort. Das 80-Millionen-Volk der Deutschen ist durch eine diverse Gruppe gut gelaunter Menschen dargestellt: Jung und alt sind vertreten, eine Frau mit braunen, lockigen Haaren und etwas dunklerer Hautfarbe soll wahrscheinlich die Menschen mit Migrationshintergrund repräsentieren. Wir sollen uns keine kritischen Gedanken machen über unsere Wirtschaftsordnung, deren Ressourcenverschwendung den Planeten ruiniert und deren imperialistische Konfrontationen jetzt unsere Energieversorgung bedrohen. Stattdessen sollen wir alle fröhlich grinsend unseren individuellen Beitrag leisten, um das Vaterland unabhängiger von Energieimporten zu machen: „Duschkopf wechseln, Eisfach abtauen, Wäsche bei 30 Grad waschen. Jeder Beitrag zählt.“ So sieht zeitgemäßer Patriotismus aus!

Nyder irrt, wenn er den *Great Reset* für einen „Angriff auf den Nationalstaat“ hält. Er ist vielmehr dessen Modernisierung. Nyder ist ein beleidigter Anhänger des alten Nationalismus, der sich nicht damit abfinden will, dass „die Deutschen“ keine exklusive Abstammungsgemeinschaft mehr sind und der um seine Privilegien fürchtet, wenn immer mehr Menschen fremdländischer Herkunft nicht mehr nur als Putzkräfte oder Fabrikarbeiter:innen, sondern zunehmend auch als Lehrer:innen, Ärzt:innen oder Ingenieur:innen arbeiten. Es ist offensichtlich, dass ein solcher Rassismus keine Basis für Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung darstellt, sondern diesen Widerstand im Gegenteil sabotiert, da er solidarische Mobilisierungen von Lohnabhängigen mit und ohne Migrationshintergrund für ihre gemeinsamen Interessen erschwert.

Angriff auf die Demokratie?

Um ihre bei weiten Teilen der Bevölkerung unbeliebte Agenda umzusetzen, experimentierten die liberalen Eliten nach Nyders Überzeugung auch mit einer neuen Art des Regierens, die in ihrer Konsequenz einem „Angriff auf die Demokratie“ gleichkomme. Dies lasse sich gut an Angela Merkels „Politik der Alternativlosigkeit“ zeigen, die die Kanzlerin bei der Finanz- und Eurokrise, aber auch bei der Flüchtlingskrise 2015 sowie im Zusammenhang mit der Klimapolitik angewendet habe. Dieser Politikstil folge stets einem bestimmten Muster: Zunächst werde eine Situation zum Ausnahmezustand erklärt, durch den das Gemeinwesen von existentiellen Gefahren bedroht sei. Vor diesem Hintergrund erkläre die Regierung die von ihr vorgeschlagenen Maß-

nahmen zur *einzig möglichen* Lösung der Krise und drücke sie mithilfe der moralischen Erpressung durch, dass andernfalls eine Katastrophe drohe. Der Bundestag werde dabei zum bloßen Abnickverein degradiert bzw. habe sich selbst in eine solche Rolle begeben, in dem die Parlamentarier:innen darauf verzichteten, ihre Aufgabe der Kontrolle der Regierung ernst zu nehmen.

Dieser Politikstil habe dann im Umgang mit der Coronapandemie eine neue Qualität erreicht: Durch die Feststellung einer „epidemischen Lage von nationaler Tragweite" am 28. März 2020 habe sich der Bundestag faktisch selbst entmachtet, indem er der Regierung „eine Blankovollmacht für ein Verordnungsregime" (N 333) ausstellte. Die Regierung habe dadurch die Möglichkeit erhalten, am Parlament vorbei durch „einsame Entscheidungen im Hinterzimmer" (N 333) weitreichende Maßnahmen zu beschließen: „Von heute auf morgen werden Freiheitsrechte wie die Berufsfreiheit, die persönliche Handlungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit massiv eingeschränkt, wenn nicht gleich suspendiert." (N 331) Kennzeichnend für das gesundheitspolitische Notstandsregime sei zudem das weitgehende Fehlen einer kritischen Öffentlichkeit gewesen, da die etablierten Medien die getroffenen Maßnahmen einhellig befürworteten und Kritiker:innen nicht zu Wort kommen ließen. Als dann dennoch mit den Querdenker:innen eine Opposition gegen die herrschende Coronapolitik entstand, seien diese „pauschal als Corona-Leugner, Esoteriker, Dummköpfe, Aluhüte, Antisemiten und Nazis diffamiert" (N 337) worden. Die aufgeregte Moralisierung der politischen Debatte habe eine sachliche Diskussion über die Coronapolitik unmöglich gemacht: Wer die jeweiligen Maßnahmen ablehnte, sei als schlechter und gefährlicher Mensch angesehen worden, den man nicht mir Argumenten überzeugen, sondern aus dem öffentlichen Diskurs ausgrenzen müsse.

Die so entstandene „Gesundheitsdiktatur" könne sich, so Nyders Befürchtung, als ein „Übungslauf" für eine dauerhafte Einschränkung der Grundrechte auch nach dem Ende der Pandemie erweisen. Möglicherweise planten die westlichen Eliten weitgehende Maßnahmen zur digitalen Überwachung und Verhaltenssteuerung nach dem Vorbild des chinesischen „Sozialkreditsystems", um künftig jeglichen Widerstand von unten gegen ihre Pläne im Keim zu ersticken (N 244). Der *Great Reset* habe, so lässt sich Nyders Position zusammenfassen, die Demokratie zunächst mittels einer Politik wiederkehrender Ausnahmezustände allmählich ausgehöhlt und nutze jetzt den Schock einer weltweiten Pandemie aus, um sie vollends zu beseitigen.

Zunächst scheint an Nyders Darstellung einiges richtig: Merkels Rhetorik der Alternativlosigkeit und die entsprechende Regierungsweise sind jeder aufmerksamen Beobachterin der Politik der letzten Jahre noch deutlich im Gedächtnis. Während der Coronakrise diagnostizierten auch andere Kommentaror:innen angesichts von Notstandsmaßnahmen und Freiheits-

einschränkungen die Wiederkehr des starken Staates.[46]– Dennoch sei es verkehrt, wenden linke Gesellschaftskritiker:innen ein, von einer „Gesundheitsdiktatur“ zu sprechen – vielmehr gehörten die beschriebenen politischen Manöver seit jeher zum normalen Funktionieren der bürgerlichen Demokratie. Fanden die wirklich wichtigen Entscheidungen nicht immer schon eher in „Hinterzimmern“ als im Parlament statt? Wurden Grundrechte nicht auch schon bei anderen Gelegenheiten eingeschränkt? Besteht nicht die „Freiheit“, die die Querdenker:innen verteidigen, letztlich bloß in der Freiheit, „den alltäglichen Notwendigkeiten der kapitalistischen Konkurrenz zu gehorchen“[47], wie die marxistische Zeitschrift *Gegenstandpunkt* spottet? Kurz: Verklären Leute wie Nyder oder das Querdenken-Milieu nicht den demokratischen „Normalbetrieb“, indem sie behaupten, die bürgerliche Demokratie wäre *erst jetzt* ihren Idealen untreu geworden?

Es ist wahr, dass die „Volkssouveränität“ in der parlamentarischen Demokratie nicht erst seit Merkels Machtantritt oder der Coronakrise eine Illusion darstellte, die die Herrschaft der besitzenden Klasse verschleierte. Dennoch verkennt die linke Rede vom kapitalistischen „business as usual“, dass es in der Geschichte der Klassenherrschaft manchmal auch qualitative Umbrüche gibt. Ein beträchtlicher Teil der Menschheit eingesperrt, Stillstand der Weltwirtschaft, staatliche Bevormundung bis in die privatesten Lebensbereiche, Polizeidrohnen, die über Parks in deutschen Städten schweben, und „freundliche Hinweise“ auf den vorgeschriebenen Mindestabstand geben[48] – all das scheint mir kein „kapitalistischer Normalbetrieb“ zu sein.

Mag sein, werden hier viele erwidern, aber es war eben auch keine normale Situation, sondern die schlimmste weltweite Pandemie seit der Spanischen Grippe von 1918. Zu den Eindämmungsmaßnahmen habe es erstens keine sinnvolle Alternative gegeben und zweitens markierten sie keinen Übergang zu einer neuen Herrschaftsform, sondern seien lediglich vorübergehende Notstandsmaßnahmen. – Bei beidem wäre ich mir nicht so sicher. Zweifellos ist Covid-19 eine ernstzunehmende Krankheit, die insbesondere für alte und vorerkrankte Menschen gefährlich werden kann. Was aber die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen betrifft, so sind viele Aspekte umstritten: Wie effektiv waren Lockdowns zur Eindämmung des Virus?[49] Wie gravierend waren ihre schädlichen Nebeneffekte (schlechtere Behandlung anderer Krankheiten[50], massive Zunahme von psychischen Problemen[51], Suiziden und häuslicher Gewalt usw.)? War das möglichst flächendeckende „Durchimpfen“ der Bevölkerung tatsächlich eine seuchenpolitische Notwendigkeit? Wie häufig sind schwere Impfnebenwirkungen?[52] Über all diese und viele weitere Fragen werden mittlerweile nicht nur auf randständigen Websites, sondern in der breiten Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Die Maßnahmen scheinen heute längst nicht mehr so alternativlos, wie es anfangs dargestellt wurde.

Eine offene Diskussion über das Für und Wider der Coronapolitik war jedoch im Frühjahr 2020 und auch noch eine ganze Weile später unerwünscht. Im März 2020 erstellte das Bundesinnenministerium unter Mithilfe führende deutsche Wissenschaftler:innen ein Strategiepapier mit dem erklärten Ziel, die Gefahr durch das Coronavirus möglichst dramatisch darzustellen. Zur Rechtfertigung von „Maßnahmen präventiver und repressiver Natur“ wurde in dem Dokument ein „worst case- Szenario“ mit mehr als einer Million Toten allein in Deutschland ausgemalt. Um die „erwünschte Schockwirkung zu erzielen“ empfiehlt das Papier, die Menschen bei ihrer „Urangst“ zu packen und mit entsprechend drastischen Bildern zu arbeiten.[53] Offensichtlich wollte die Regierung in dieser Situation keine mündigen Bürger:innen, die nüchtern abwägen, offen miteinander sprechen und auf dieser Grundlage rationale Entscheidungen treffen. Sie wollte, *dass wir in Panik geraten und blind gehorchen.*

Und das hat erstaunlich gut funktioniert. Über Monate hinweg durfte es in Sachen Corona in der politischen Öffentlichkeit, aber auch in den sozialen Medien und in privaten Bekannten- und Familienkreisen nur *eine* Meinung geben. Andersdenkende oder auch nur Zweifelnde wurden ausgegrenzt und als dumm und menschenfeindlich diffamiert. Die von Nyder beklagte Moralisierung der Politik, die eine sachliche Debatte verunmöglicht, hat tatsächlich in erheblichem Ausmaß stattgefunden. Bitter war, dass große Teile der radikalen Linken nicht nur kein kritisches Gegengewicht zu dieser konformistischen Stimmung bildeten, sondern diese sogar aktiv unterstützten. Dies zeigte sich sowohl beim Ausschluss von „Nestbeschmutzer:innen“ aus den eigenen Reihen, als auch beim Umgang mit den Querdenken-Demos, die von außen pauschal als „Nazis“ und „Schwurbler“ beschimpft wurden. Die linke Szene unterstützte damit faktisch die gesellschaftliche Ächtung jeglichen Protests gegen die Coronamaßnahmen, ließ den Rechten innerhalb von Querdenken freie Hand und trug damit ungewollt dazu bei, dass diese die Bewegung tatsächlich immer mehr dominieren konnten. So entstand die absurde Situation, dass wahrnehmbarer Protest gegen autoritäres Staatshandeln in den letzten zwei Jahren maßgeblich von rechts kam und Leute wie C.E. Nyder plötzlich als radikale Gesellschaftskritiker:innen gelten konnten.

Wie plausibel aber ist Nyders These, dass der pandemiebedingte Ausnahmezustand nicht nur vorübergehender Natur sei, sondern sich als ein „Übungslauf“ für einen künftigen totalitären Überwachungsstaat entpuppen könnte? Tatsächlich kommt auch die US-amerikanische NGO *Freedom House* in einer Studie[54] zu dem Schluss, dass die Pandemie in zahlreichen Ländern als Vorwand genutzt wurde, „um erweiterte Überwachungsbefugnisse und den Einsatz neuer Technologien zu rechtfertigen“. Smartphone-Apps zur Kontaktnachverfolgung ermöglichten staatlichen Behörden häufig direkten Zugriff

auf Standortdaten, Anruflisten und andere persönliche Informationen ihrer Bürger:innen. Intelligente Kameras mit Gesichtserkennungssoftware und anderen Verfahren zur biometrischen Datenerhebung hielten im Zuge der Pandemiebekämpfung zunehmend Einzug in den öffentlichen Raum. „Viele



„COVID-19 Risk and Access Control Solution“ – Körpertemperatur- und Gesichtserkennungs-Tool des Schweizer Konzerns DKSH

der im letzten Jahr eingeführten Hightech-Instrumente sind nicht geeignet, die aktuelle Krise wirksam zu bekämpfen. Stattdessen verstärken sie die bestehende politische Unterdrückung und soziale Ungleichheit“, stellt die Studie fest. *Freedom House* betont allerdings auch, dass der weltweite Trend zu stärkerer digitaler Überwachung in verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich ausgeprägt sei. So hätten sich z.B. einige Staaten bei der Konzeption ihrer Kontaktverfolgungs-Apps gegen eine zentrale Datenspeicherung entschieden und wahrten die Anonymität der Nutzer:innen. Auch die deutsche Corona-Warn-App funktioniert nach diesem Prinzip. Dennoch seien auch in demokratischen Ländern zahlreiche problematische Trends zu beobachten, zumal die Geschichte gezeigt habe, „dass neue staatliche Vollmachten für gewöhnlich die ursprüngliche Bedrohung überdauern“.

Vor dem Hintergrund der differenzierten Darstellung durch *Freedom House* wirkt Nyders Warnung, dass uns in Deutschland schon bald chinesische Verhältnisse drohen könnten, sicherlich übertrieben. Aber auch hierzulande wurden in der Pandemie Maßnahmen normalisiert, die unter anderen Umständen auf erhebliche Widerstände gestoßen wären: Wer hätte z.B. 2019 daran

gedacht, dass der Zugang zu zahlreichen öffentlichen Orten von der Abgabe von Kontaktdaten oder der Vorlage eines digitalen Impfnachweises abhängig gemacht werden wird? Staatliche Stellen sammelten Erfahrungen mit neuen Technologien, die Bürger:innen wurden an an neue Verfahrensweisen gewöhnt und es ist durchaus nicht abwegig, dass solche *tools* künftig auch für andere Zwecke als den Gesundheitsschutz eingesetzt werden könnten.

Fazit: Wenn Nyder den *Great Reset* als „Angriff auf die Demokratie" bezeichnet, so stimmt das sicher nicht in dem Sinne, dass sich eine bisher prächtig funktionierende Volksherrschaft plötzlich in eine totalitäre Elitenherrschaft verwandelt. Möglicherweise aber durchaus dergestalt, dass die Herrschaft der liberalen Eliten schrittweise durch neue, autoritärere Handlungsmöglichkeiten ergänzt wird.

Alexander Dugin: Großrussische Opposition gegen den *Great Reset*

Alexander Geljewitsch Dugin, der zweite Gegner des *Great Reset*, mit dem ich mich beschäftigen möchte, ist von anderem Format als C.E. Nyder. Während Nyder im Grunde ein Niemand ist – wenn auch seine Gedanken von vielen geteilt werden –, so gilt Dugin als wichtiger Vordenker der neuen Rechten in Russland. Er hatte einen Lehrstuhl an der Lomonossow-Universität in Moskau inne und tritt regelmäßig im russischen Fernsehen und Rundfunk auf. Sein Einfluss auf den Kreml ist umstritten: Manche halten ihn für „Putins Einflüsterer"[55], andere wiederum bezeichnen die Annahme, der „wirre Philosoph" bestimme Putins Politik, als „haltlos".[56] Immerhin dient sein Buch *Grundlagen der Geopolitik* angehenden Generalstabsoffizieren in Russland als Lehrbuch.[57] Im Laufe der Jahre hat er seine politische Position mit verschiedenen Begriffen umschrieben – „Konservative Revolution", „Nationalbolschewismus", „Neo-Eurasismus", „Vierte Politische Theorie" – aber im Grunde ist sein Programm stets dasselbe: Zurückdrängung des modernen Individualismus, Unterordnung des Einzelnen unter autoritäre Kollektive und traditionelle Hierarchien und Wiederherstellung der alten Größe Russlands.

Dieser Mann veröffentlichte im Oktober 2021 das Buch *Das Große Erwachen gegen den Great Reset*.[58] Um seine Gegnerschaft zur aktuellen Politik der liberalen Eliten zu erklären, holt er etwas weiter aus. Seit jeher sei es das historische Ziel des Liberalismus gewesen, „das Individuum von allen Formen kollektiver Identität zu befreien" (D 10). Begonnen habe dieses Zersetzungswerk bereits mit einer Vorform des Liberalismus, der Reformation: „Die Kirche als ‚mystischer Körper Christi' wurde zerstört und durch Freizeitvereine

ersetzt, die durch das freie Einverständnis von unten geschaffen wurden.“ (D 9) Nachdem die Heiligkeit der sozialen Ordnung erst einmal entweiht und die Menschen auf die Idee gebracht worden waren, ihre Beziehungen selbstbestimmt zu gestalten, konnte es nur noch bergab gehen. Durch die Machtübernahme des Bürgertums im 18. und 19 Jahrhundert seien die Menschen aus ihren traditionellen Bindungen an Stand, Stamm und Sippe herausgelöst und der Konkurrenz des kapitalistischen Marktes unterworfen worden. Nach dem Sieg über seine kollektivistischen Gegner des 20. Jahrhunderts, den Kommunismus und den Faschismus, habe sich der Liberalismus in den 1990er Jahren noch einmal radikalisiert. Er sei in eine neue Phase übergegangen und habe sich die Zerstörung der letzten verbliebenen kollektiven Identitäten vorgenommen: Erstens wolle er im Zuge der Globalisierung die *nationale Identität* zersetzen. Zweitens dränge er mithilfe der „Genderpolitik“ auf die Abschaffung der traditionellen *Geschlechtsidentitäten*. Drittens strebe der Liberalismus als logischen Endpunkt seiner historischen Mission danach, auch die *Kollektividentität der Menschheit* aufzulösen, indem künftig auch „Cyborgs, Netzwerke der künstlichen Intelligenz und Produkte der Gentechnologie“ den Status einer „Person“ erhalten könnten. (D 14)

Dieser radikalisierte Liberalismus, den Dugin auch als „Liberalismus 2.0“ (D 79) bezeichnet, habe jedoch in den letzten Jahren zunehmenden Widerstand in Form „populistischer Bewegungen“ hervorgerufen. „Bei ihnen handelte sich es um jene, welche die jüngsten Ziele der Liberalen zurückwiesen und Genderpolitik, Masseneinwanderung und Abschaffung der Nationalstaaten sowie der Souveränität nicht akzeptierten.“ (D 21) Der Gipfelpunkt dieser Entwicklung sei die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten gewesen, welche die Vorkämpfer:innen des neuen Liberalismus zutiefst verunsichert habe. Um dieser Herausforderung zu begegnen, hätten die liberalen Führungskräfte wiederum den *Great Reset* als Gegenoffensive gestartet, der 2020 vom Weltwirtschaftsform proklamiert worden sei. Der Ausbruch der Coronapandemie sei für sie ein willkommener Anlass gewesen, um „unter dem Deckmantel der Sanitärhygiene (…) die Kontrollstrukturen der globalistischen Eliten über die Weltbevölkerung“ (D 4) zu verstärken. Der erste Etappensieg des *Great Reset* sei dann die Ablösung Trumps durch Joe Biden im Weißen Haus gewesen, der die populistischen Kräfte zwar geschwächt, aber keineswegs besiegt habe.

Dugin begrüßt das Auftauchen des Populismus ausdrücklich als Beginn eines „Großen Erwachens“ (D 31) der Massen gegen die Pläne der liberalen Herrschenden. Diese Bewegung stehe jedoch erst ganz am Anfang, sei „spontan, größtenteils unbewusst, intuitiv und blind“ (D 32). Es fehle ihr noch an einem wirklichen Verständnis der gegenwärtigen Situation. Der tiefere Grund dafür bestehe darin, dass die „populistische“ Opposition gegen die liberalen Eliten selbst noch auf dem Boden des Liberalismus stehe: So wollten

Trump und seine Anhänger:innen „den Liberalismus in seiner globalistischen Form ad acta“ legen und „zur Ära der Nationalstaaten zurückkehren“ (D 22), aber „sie denken nicht einmal im geringsten über eine ausformulierte Kritik des Kapitalismus nach“ (D 37). „Sie versuchen, die vorherige Stufe derselben liberalen Demokratie, desselben Kapitalismus vor seinen späteren und entwickelteren Stufen zu retten. Und das birgt in sich selbst einen Widerspruch.“ (D 37) Solange die Opposition gegen den *Great Reset* diesen Widerspruch nicht überwinde, habe sie keine Chance, die gegenwärtige Weltordnung wirklich herauszufordern.

Die von Dugin am Beispiel des Trumpismus formulierte Kritik lässt sich ebenso gut auf unseren C.E. Nyder anwenden: Auch Nyder möchte zu einer heilen Welt der Vergangenheit zurück, in der es noch wirkliche Marktwirtschaft, Volkssouveränität und einen ethnisch homogenen Nationalstaat gegeben habe. Er erkennt nicht, dass die liberale Gesellschaft früherer Tage *aufgrund ihrer eigenen Dynamik* in den heutigen Zustand übergegangen ist. In Dugins Begriffen ist er ein Vertreter des Liberalismus 1.0, der über keinerlei „ausformulierte Kritik des Kapitalismus“ verfügt und daher den aktuellen Weltlauf weder adäquat analysieren noch Wege aufzeigen zeigen kann, um diesen zu ändern. Dazu passt, dass Nyder außer der „Besinnung“ auf die Werte des Grundgesetzes keine praktischen Vorschläge macht, wie die von ihm kritisierten Zustände überwunden werden könnten. Nyders Buch endet mit dem Schlusssatz: „Nur Treue zur Verfassung, Freiheit und Brüderlichkeit können uns die Werkzeuge an die Hand geben, um anstehenden Probleme wenn schon nicht zu beheben, so doch in Würde zu überleben!“ (N 351)

Mit einer solch fatalistischen Perspektive gibt Dugin sich nicht zufrieden. Es gebe durchaus einen Ausweg aus der Misere, jedoch brauche die Opposition gegen den *Great Reset* dazu eine neue ideologische Grundlage. Sie dürfe nicht länger den Neoliberalismus vom Standpunkt einer älteren Form des Liberalismus oder einer anderen westlichen Ideologie, wie des Nationalismus oder Sozialismus, kritisieren. „Um aus diesen Grenzen herauszukommen, laden wir Sie ein, über den Westen hinauszugehen. Also, willkommen im Osten. […] Willkommen im Islam, willkommen in Indien, willkommen in der großen, alten chinesischen Zivilisation, willkommen in Afrika.“ (D 61) In all diesen Kulturen seien noch uralte Traditionen lebendig, denen der westliche Individualismus fremd sei und die den Einzelnen fest in religiös legitimierte Hierarchien einbinden. An derartiger „Inspiration aus dem Osten“ (D 61) sollten sich die populistischen Bewegungen Europas und Nordamerikas orientieren.

Aber die nicht-westlichen Kulturräume hätten für das „Große Erwachen“ mehr als nur philosophische Denkanstöße zu bieten. Insbesondere China, Indien und einige islamische Staaten hätten sich auch zu bedeutenden wirt-

schaftlichen und militärischen Mächten entwickelt, die in der Lage seien, die geopolitische Dominanz des Westens herauszufordern. Dazu müssten sie aber laut Dugin den Einfluss westlicher Ideologien auf ihre eigenen Gesellschaften bekämpfen, ihre Streitigkeiten untereinander zurückstellen und sich zu einem Block mit einer gemeinsamen Strategie zusammenschließen. Um die *unipolare Weltordnung* des Liberalismus unter Führung der USA herauszufordern, müsse die „Multipolarität […] zum wichtigsten Referenzpunkt und dem Schlüssel der Strategie des Großen Erwachens" (D 38) werden. Unter „Multipolarität" versteht Dugin das Konzept der Aufteilung der Welt in mehrere Großräume, die jeweils den Einflussbereich einer regionalen Hegemonialmacht bilden. Jede dieser Weltregionen solle ihre eigene kulturelle, wirtschaftliche und politische Ordnung bilden und sich in die Belange der anderen nicht einmischen. Wenn sich die nicht-westlichen Staaten auf eine solche *multipolare Weltordnung* als gemeinsames Ziel einigten und ihre geopolitischen Bemühungen koordinierten, könnte es ihnen gelingen, die „Diktatur der liberal-kapitalistischen Eliten" (D 37) über den Globus zu brechen. Auch die westlichen Gegner:innen des *Great Reset* würden für diese Strategie eine wichtige Rolle spielen, indem sie die Hegemonie des Liberalismus in dessen Kernländern von innen heraus destabilisieren. Mithilfe ihrer mächtigen östlichen Verbündeten könnten sie dann daran arbeiten, die „Würde der vormodernen christlichen Gesellschaften" (D 67) wiederherzustellen. Die Führungsrolle innerhalb der antiwestlichen Koalition soll aber Dugins Heimatland Russland zukommen: Dessen historische Mission liege „nicht nur darin, eine aktive Rolle im Großen Erwachen einzunehmen, sondern auch darin, an seiner Spitze zu stehen" (D 47).



Die versammelten Führer der BRICS-Staaten beim virtuellen Gipfeltreffen im Juni 2022

Es ist offensichtlich, dass Dugins Programm das genaue Gegenteil dessen ist, was wir – kommunistische Anarchist:innen, antiautoritäre Sozialist:innen – politisch erreichen wollen. Die Idee, dass Menschen ihre Beziehungen „durch das freie Einverständnis von unten" gestalten könnten, ist für Dugin die Wurzel allen Übels – für uns dagegen das Grundprinzip, auf dem wir eine künftige, bessere Gesellschaft aufbauen wollen. Im Gegensatz zu Dugin werfen wir dem Kapitalismus nicht vor, dass er die Individuen aus den Kollektiven und Hierarchien der Vergangenheit befreit hat. Wir kritisieren, dass er dies *nicht gründlich genug* getan hat: Zwar wird in modernen, liberalen Gesellschaften den Menschen nicht mehr auf Schritt und Tritt von Stammesältesten oder religiösen Autoritäten vorgeschrieben, wie sie zu leben haben. Aber dennoch sind ihrer Selbstbestimmung meist enge Grenzen gesetzt, weil die Klassenverhältnisse ihnen die dafür nötigen materiellen Mittel vorenthalten und die alten Kollektividentitäten wie Nation und Geschlecht in veränderter Form nach wie vor ihr Leben bestimmen und einschränken.

Im Gegensatz zu C. E. Nyders Traum von einer Rückkehr zu einer vergangenen Epoche des Liberalismus hat Dugins geopolitisches Projekt aber durchaus reale Aussichten auf Erfolg. „Ein antiwestlicher Block entsteht, so mächtig wie noch nie", berichtet *Welt*-Herausgeber Stefan Aust über das 14. Gipfeltreffen der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), am 23. Juni 2022. „Es sind höchst unterschiedliche Länder und Politiker, die hier in der Ablehnung westlicher Vormacht und Werte vereint scheinen." Angesichts des Ukraine-Konflikts stellten sich die BRICS-Führer mehr oder weniger offen auf die Seite Russlands und arbeiten daran, durch verstärkte wirtschaftliche Kooperation die westlichen Sanktionen ins Leere laufen zu lassen. Und andere Länder des globalen Südens orientieren sich wirtschaftlich und politisch mittlerweile stärker an den BRICS-Staaten als am Westen. „Der Wind hat sich gedreht", kommentiert Stefan Aust: „Kein Land in Lateinamerika beteiligt sich an den Sanktionen gegen Russland, auch kein Land aus Afrika. In Asien sind es lediglich Japan, Südkorea und Taiwan."[59] Das von Dugin propagierte „Große Erwachen" gegen den *Great Reset* ist also keine vage Zukunftsprojektion – es scheint bereits begonnen zu haben. Nur dass dabei wohl eher China als Russland die Führung übernimmt, was Dugins Nationalstolz zweifellos schmerzen wird.

Auch die Wiederbelebung von Traditionen und Lebensformen der Vergangenheit wird sich im Rahmen des antiwestlichen Bündnisses wahrscheinlich nicht in dem Maße verwirklichen, wie Dugin sich das wünscht. Den „antikapitalistischen" Tönen in Dugins Schriften zum Trotz beruht die Macht der östlichen Herausforderers des Westens selbstverständlich auf der Ausbeutung von Lohnarbeit und der Akkumulation von Kapital. Die Regierungen dieser Länder bemühen sich in jeder Hinsicht um eine Modernisierung ihrer Gesellschaften, um mit dem Westen konkurrenzfähig zu werden. Die chinesi-

sche Führung ist an Künstlicher Intelligenz mehr interessiert als an Konfuzius und für die iranische Theokratie ist die Entwicklung des Ölpreises wichtiger als die Auslegung des Koran. Forderungen Dugins wie die folgende: „Große Industriestädte sollten ausgelöscht werden – die Bevölkerung sollte sie verlassen und ein echtes Leben auf dem Land führen“ (77) werden daher in den Herrschaftszentralen in Moskau, Peking oder Teheran bloß Kopfschütteln auslösen.

Aber eine erfolgreiche Ideologie muss nicht in allen Punkten mit der Realität übereinstimmen. Sie muss nur hinreichend plausibel sein, um Menschen für ein Handeln gemäß einheitlicher Ziele zu mobilisieren. „Große Geopolitik braucht große Ideen“ (D 113) fordert Dugin. In diesem Sinne könnten die Architekt:innen der künftigen „multipolaren Weltordnung“ durchaus auf seine Theorie zurückgreifen, um ihrer Politik höhere Weihen zu verleihen. So lässt sich vielleicht auch der oben erwähnte Streit über das Verhältnis von Putin und Dugin ganz zwanglos auflösen. Nämlich dergestalt, dass es für Putin gar keinen Widerspruch darstellt, sich Dugins Ideen als Rechtfertigungsideologie seines Imperialismus zu bedienen, während er bei Organisation der ökonomischen und militärischen Grundlagen seines Staates nicht im Traum daran denkt, auf dessen Phantasien zu hören. Die Herren Xi, Modi, Bolsonaro und so weiter werden es mit ihren chinesischen, indischen und brasilianischen Dugins wahrscheinlich ähnlich halten.

Den falschen Gegensatz zurückweisen

Der Konflikt, den ich hier als Gegensatz zwischen dem *Great Reset* und seinen Feind:innen beschrieben habe und der sich innenpolitisch als Liberalismus versus (Rechts)populismus und weltpolitisch als Gegensatz von alten Industrieländern und aufstrebenden Schwellenländern darstellt, scheint die zentrale Auseinandersetzung unserer Tage zu sein. Er tritt bei unterschiedlichsten politischen Themen auf und nötigt zu einer klaren Positionierung: Bist du für Trump oder Biden, für bezahlbares Benzin oder Klimaschutz, für Querdenken oder die Coronamaßnahmen der Regierung, für Russland oder die NATO? Neutralität wird nicht geduldet, wer eine dritte Position einzunehmen versucht, wird schnell der Zusammenarbeit mit dem Feind verdächtigt. Kritik am liberalen Mainstream wird häufig als Unterstützung des Rechtspopulismus wahrgenommen und Kritik am Populismus als Unterstützung der Regierung.

Tatsächlich ist das nicht nur eine Frage der Wahrnehmung – es gibt eine reale Tendenz, dass zunächst unabhängige oder gemäßigte Stimmen von den

tonangebenden Kräften aus einem der beiden großen Lager vereinnahmt werden bzw. diesem in die Hände spielen, selbst wenn die Akteur:innen das gar nicht beabsichtigen. So hat die Fraktion der AfD um Bernd Lucke, die die Regierungspolitik von einer marktliberalen Position der bürgerlichen Mitte aus kritisierte, letztlich den Aufstieg der rechtsradikalen Kräfte in der Partei befördert, von denen sie später verdrängt wurde. Überzeugte Demokrat:innen, die auf Querdenken-Demos als unorganisierte Einzelpersonen mit dem Grundgesetz in der Hand gegen den autoritären Staat protestierten, trugen zu einer Bewegung bei, die letztlich vor allem rechte Gruppen als Rekrutierungsfeld diente, deren Staatsvorstellungen noch autoritärer sind als die kritisierten Maßnahmen. Liberale Kritiker:innen des *Great Reset* wie C.E. Nyder könnten den Aufstieg antiwestlicher Bewegungen fördern, die von einem Bündnis Europas mit Russland und China träumen und im Zweifelsfall die von Nyder verteidigten „westlichen Werte“ noch schneller beerdigen würden als die Davoser Clique um Klaus Schwab.

Während bürgerliche Kritik am liberalen Mainstream dazu tendiert, gewollt oder ungewollt der radikalen Rechten zu nützen, tendieren viele Linke in den letzten Jahren dazu, die Politik des liberalen Mainstream zu unterstützen. *Fridays for Future* erklärte Parlamentswahlen zu „Klimawahlen“ und rief mehr oder weniger offen zur Unterstützung der Grünen auf, der Partei eines vermeintlich „ökologischen“ Kapitalismus. Antifagruppen trugen mit ihrer pauschalen Diffamierung von Querdenken als „Coronazis“ dazu bei, jede Kritik an der Coronapolitik der Regierung zu dämonisieren und in die rechte Ecke zu stellen. Anlässlich des Ukrainekriegs werfen viele Linke frühere antimilitaristische Positionen über Bord und ergreifen im Namen der „Verteidigung der Demokratie“ mehr oder weniger offen Partei für die NATO, bis hin zur Forderung nach Waffenlieferungen an die ukrainische Regierung.[60] Woher kommt dieser zunehmende linke Konformismus? Zum einen scheint es eine gewisse Affinität des Moralismus der neueren Regierungskampagnen zum Moralismus der linken Szene zu geben. Des Weiteren trägt die übertriebene Furcht, den Rechten in die Hände zu spielen, zur Kritikunfähigkeit der Linken bei: So werden z.B. Mutmaßungen über bösartige Pläne mächtiger Personen *der liberalen Seite* wie Klaus Schwab, Bill Gates oder George Soros oft reflexartig als rechte „Verschwörungstheorien“ abgetan, anstatt der Sache erst einmal auf den Grund zu gehen, die Quellen zu studieren und zu einer differenzierten eigenen Einschätzung zu kommen (so wie ich es in diesem Text versucht habe). Und schließlich nähert sich die identitätspolitische Fixierung der Szene auf den Kampf gegen Diskriminierungen und Privilegien unter Ausblendung der Klassenverhältnisse auch objektiv dem bürgerlichen Liberalismus an, der ja ebenfalls dafür ist, dass alle Menschen möglichst gleichberechtigt auf dem kapitalistischen Markt miteinander konkurrieren können.

Der neue Kalte Krieg zwischen der „unipolaren“, US-dominierten Weltord-

nung und ihren „multipolaren“ Herausforderern unter chinesischer Führung ist nicht nur fatal, weil er die Gefahr größerer militärischer Auseinandersetzungen bis hin zu einem Dritten Weltkrieg in sich birgt. Die weltpolitische Konfrontation ist vor allem deshalb verhängnisvoll, weil sie *die historischen Möglichkeiten der Epoche einfriert*. Sie verdeckt, dass der wirkliche Widerspruch der Gegenwart nach wie vor der Antagonismus von Kapital und Arbeit ist: zwischen den Profitinteressen der Herrschenden und den Lebensinteressen der Lohnabhängigen oder, anders ausgedrückt: Zwischen dem Marsch dieser Gesellschaftsordnung in Richtung immer krasserer sozialer Spaltung, totalitärerer Kontrolltechnologie und ökologischem Kollaps – und der Perspektive der Aneignung und bewussten Umgestaltung der Produktion durch die vereinigten Produzent:innen.

Würde dieser wirkliche Konflikt wieder auf die Tagesordnung gesetzt, so würde sich zeigen, dass die zu Unterschieden ums Ganze stilisierten aktuellen Gegensätze – „demokratischer Westen“ vs. „russische Barbarei“ etc. – nur Varianten desselben Unheils sind. Die Fraktionen der herrschenden Mächte würden dies bestätigen, indem sie sich im Falle des Auftretens einer revolutionären Kraft augenblicklich gegen diese verbünden und ihre Konflikte untereinander zurückstellen würden, weil die gemeinsame Grundlage ihrer Herrschaft bedroht wäre.

Im Prinzip müsste es also darum gehen, den falschen Gegensatz von *Great Reset* und „Großem Erwachen“ zurückzuweisen und einen dritten Pol in der Auseinandersetzung aufzubauen: den des *revolutionären Proletariats*. Dieser müsste in allen sozialen Auseinandersetzungen einen konsequenten Klassenstandpunkt einnehmen: für die autonome Selbstorganisation der Lohnabhängigen und Unterdrückten und gegen *alle* Fraktionen der Herrschaft, östlich oder westlich, populistisch oder liberal. Ob die radikale Linke in ihrer gegenwärtigen Verfassung dazu viel beitragen kann, ist allerdings fraglich.
In dieser desolaten Lage wäre es schon ein wichtiger Schritt, die sich gegenwärtig abspielenden gesellschaftlichen, geopolitischen und technologischen Umbrüche überhaupt zur Kenntnis nehmen und zu versuchen, sie zu verstehen. Und natürlich sollten wir uns im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten in soziale Auseinandersetzungen einmischen, wo immer wir das schaffen. Sich in reale Konflikte um alltägliche Dinge wie Lohn, Arbeitsbedingungen, Mieten etc. zu involvieren, kann vielleicht auch helfen, dem scheinbar übermächtigen Druck zu widerstehen, sich mit einer Seite der offiziellen Konflikte zu identifizieren. An Gelegenheiten zu solchen Einmischungen wird es in Zukunft nicht mangeln, da sich die sozialen Widersprüche im Westen spürbar zuspitzen. Die Probe aufs Exempel könnte schon im kommenden Winter auf uns zukommen, wenn die Wut über explodierende Heizkosten die Bevölkerung auch hierzulande in noch größeren Massen auf die Straßen treibt.

Fuß-noten

Fußnoten

[1] World Economic Forum: The Great Reset, https://www.weforum.org/great-reset/, Abruf: 05.08.2022.
[2] In der deutschen Fassung lautet der Titel Der große Umbruch. (Klaus Schwab, Thierry Malleret: Covid-19: Der große Umbruch, Cologny / Genf 2020).
[3] Quinn Slobodian: How the ‚great reset' of capitalism became an anti-lockdown conspiracy, The Guardian, 04.12.2020, https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/dec/04/great-reset-capitalism-became-anti-lockdown-conspiracy, Abruf: 24.04.2022.
[4] Zur Biographie Schwabs s. Jürgen Dunsch: Gastgeber der Mächtigen. Klaus Schwab und das Wirtschaftsforum in Davos, München 2017, S. 23-28.
[5] Zit. nach: Dunsch: Gastgeber, S. 276.
[6] Zit. nach: Andrew Marshall: World Economic Forum: a history and analysis, 20.01.2015, https://www.tni.org/en/article/world-economic-forum-a-history-and-analysis, Abruf: 22.02.2022.
[7] Henrik Müller: Der „Davos-Mensch" und seine Nachfolger, 21.01.2019, https://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/wef-in-davos-weltwirtschaftsforum-und-seine-probleme-a-1248970.html, Abruf: 22.02.2022.
[8] Zit. nach: World Economic Forum: Nelson Mandela in Davos, https://widgets.weforum.org/history/1992.html, Abruf: 22.02.2022.
[9] Vergl. Marshall: World Economic Forum.
[10] Müller: „Davos-Mensch".
[11] World Economic Forum: In the Midst of Recession, https://widgets.weforum.org/history/1974.html, Abruf: 26.02.2022.
[12] Vgl. Samuel Huntington: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München / Wien 1996, S. 76-114.
[13] Müller: „Davos-Mensch".
[14] Dunsch: Gastgeber, S. 128.
[15] Zitate aus dem Buch werden durch Seitenzahlen in Klammern direkt im Text ausgewiesen. Schwab hatte einen Co-Autoren, den französischen Wirtschaftswissenschaftler Thierry Malleret. Da aber das Buch in wesentlichen Punkten daran anknüpft, was Schwab schon seit Jahrzehnten immer wieder gesagt und geschrieben hat, kann davon ausgegangen werden, dass es im Großen und Ganzen Schwabs Gedanken sind, die im Great Reset verhandelt werden. Ich denke, ich tue Monsieur Malleret daher kein Unrecht, wenn ich ihn im Folgenden vernachlässige.
[16] Jan Dirk Herbermann: Im Privatjet zur Klimarettung nach Davos, 20.01.2020, https://www.derstandard.de/story/2000113511225/im-privatjet-zur-klimarettung-nach-davos, Abruf: 11.03.2022.
[17] Zdf.de: Pandemie verschärft Ungleichheit, 17.01.2022, https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/corona-pandemie-soziale-ungleichheit-armut-oxfam-100.html, Abruf: 11.03.2022.

[18] Eva Zabey: Nature is everyone’s business: a call for collective action to reverse nature loss, 18.06.2020, https://www.weforum.org/agenda/2020/06/business-for-nature-protect-loss-recovery-climate-environment-risk-collective-action-post-covid-world/, Abruf: 06.03.2022.
[19] World Economic Forum: Everybody’s Business: Strengthening International Cooperation in a More Interdependent World, Cologny 2010, S. 7-9, https://www.weforum.org/reports/everybodys-business-strengthening-international-cooperation-more-interdependent-world, Abruf: 18.03.2022.
[20] Vgl. Nick Buxton: Davos and its danger to Democracy, 18.01.2016, https://www.tni.org/en/article/davos-and-its-danger-to-democracy, Abruf: 18.03.2022.
[21] World Economic Forum: Everybody‘s business, S. 9.
[22] Klaus Schwab: Why we need the ‚Davos Manifesto‘ for a better kind of capitalism, 01.12.2019, https://www.weforum.org/agenda/2019/12/why-we-need-the-davos-manifesto-for-better-kind-of-capitalism/, Abruf: 19.03.2022.
[23] Nick Buxton: Davos and its danger to Democracy, 18.01.2012, https://www.tni.org/en/article/davos-and-its-danger-to-democracy, Abruf: 19.03.2022.
[24] Sofern nicht anders angegeben, stammen die Informationen, Bildquellen und Zitate dieses Abschnitts aus: Nora McKeon: The New Alliance for Food Security and Nutrition: a coup for corporate capital?, Amsterdam 2014, https://www.tni.org/files/download/the_new_alliance.pdf, Abruf: 13.02.20122.
[25] Wikipedia: Nahrungsmittelpreiskrise 2007–2008, https://de.wikipedia.org/wiki/Nahrungsmittelpreiskrise_2007%E2%80%932008, Abruf: 12.03.2022
[26] Thomas Krumenacker: Höhere Preise für Europa, Hungernot für Afrika, 11.03.2022, https://www.spektrum.de/news/ukraine-hoehere-preise-fuer-europa-hunger-fuer-afrika/1997932, Abruf: 22.03.2022
[27] Karl Heinz Roth: Blinde Passagiere. Die Coronakrise und die Folgen, München 2022, S. 42-84. Soweit nicht anders angegeben, stammen die Informationen und Zitate dieses Abschnitts aus diesem Buch.
[28] Vgl. Julia Crawford: Bill Gates‘ Milliardenspenden haben auch ihre Kehrseiten, 11.05.2021, https://www.swissinfo.ch/ger/hat-bill-gates-zu-grossen-einfluss-auf-die-who-/46598770, Abruf: 19.03.2022.
[29] Dr. Seth Berkley: COVAX explained, 03.09.2020, https://www.gavi.org/vaccineswork/covax-explained, Abruf: 20.03.2022.
[30] Harris Gleckman: COVAX, Amsterdam 2021, https://longreads.tni.org/covax, Abruf: 20.03.2022.
[31] Roth: Blinde Passagiere, S. 280-286.
[32] Nick Buxton, Lynn Fries: Global Coup d’État, 18.02.2021, https://www.tni.org/en/article/global-coup-detat, Abruf: 21.03.2022.
[33] Wikipedia: Stichwort: „Verschwörung“, https://de.wikipedia.org/wiki/Verschw%C3%B6rung, Abruf: 21.03.2022.
[34] C.E. Nyder: Great Reset. Der Angriff auf Demokratie, Nationalstaat und bürgerliche Gesellschaft, Rottenburg 2021. Im Folgenden werde ich Zitate aus dem Buch durch eine Seitenzahl mit vorangestelltem N in Klammern direkt im Text angeben.
[35] Alexandra Fedorets: Ein Nährboden für gesellschaftliche Polarisierung, 09.10.2021,

https://www.deutschlandfunkkultur.de/diw-oekonomin-ueber-niedrigloehne-in-deutschland-ein-100.html, Abruf 03.06.2022.

[36] Wikipedia, Stichwort: Tulpenmanie, https://de.wikipedia.org/wiki/Tulpenmanie, Abruf: 03.06.2022.
[37] Das Interview bei youtube: https://www.youtube.com/watch?v=eFLY0rcsBGQ, Abruf: 27.06.2022.
[38] OECD Data: Foreign born population 2000-2019, https://data.oecd.org/migration/foreign-born-population.htm#indicator-chart, Abruf: 11.06.2022.
[39] Michael Rasch: In deutschen Städten sieht die Mehrheitsgesellschaft ihrem Ende entgegen, Neue Züricher Zeitung, 09.07.2019, https://www.nzz.ch/international/in-deutschen-staedten-geht-die-mehrheitsgesellschaft-zu-ende-ld.1492568, Abruf: 11.06.2022.
[40] World Economic Forum: The Business Case for Migration, Colony 2013, https://www.weforum.org/reports/business-case-migration, Abruf: 29.06.2022.
[41] Ebd., S. 12.
[42] Ebd., S. 5.
[43] Ebd., S. 41.
[44] Brian Wheeler: EU should ‚undermine national homogeneity' says UN migration chief, BBC, 21.06.2012, https://www.bbc.com/news/uk-politics-18519395, Abruf: 29.06.2022.
[45] Yascha Mounk im Gespräch mit Liane von Billerbeck: Kulturpatriotismus als Bindeglied, 01.04.2022, https://www.deutschlandfunkkultur.de/yascha-mounk-experiment-diversitaet-demokratie-100.html, Abruf: 30.06.2022.
[46] Vgl. Adrian Kreutz: Der Leviathan und das Virus, Der Freitag, 01.04.2020, https://www.freitag.de/autoren/adriankreutz/der-leviathan-und-das-virus, Zugriff: 29.09.2020
[47] Merkels Land im Härtetest, in: Gegenstandpunkt 1-22, S. 60.
[48] Coronavirus: Polizei setzte an Ostern auch Drohnen ein, Die Welt, 14.04.2020, https://www.welt.de/regionales/nrw/article207246245/Coronavirus-Polizei-setzte-an-Ostern-auch-Drohnen-ein.html, Abruf: 06.07.2022.
[49] Zur Debatte um die Effektivität von Lockdowns und deren Nebenwirkungen vgl. Karl Heinz Roth: Blinde Passagiere. Die Coronakrise und die Folgen, München 2022, S. 299-316.
[50] Corona-Pandemie - Massiver Anstieg bei anderen Krankheiten, Tagesschau, 02.11.2021, https://www.tagesschau.de/investigativ/report-mainz/corona-chronisch-kranke-101.html, Abruf: 16.07.2022.
[51] WHO sieht starken Anstieg psychischer Krankheiten durch Corona, Die Welt, 17.06.2022, https://www.welt.de/politik/ausland/article239407845/Mentale-Gesundheit-WHO-sieht-starken-Anstieg-psychischer-Krankheiten-durch-Corona.html, Abruf: 16.07.2022.
[52] Corona-Impfung: Gibt es mehr schwere Nebenwirkungen?, RedaktionsNetzwerk Deutschland, 08.07.2022, https://www.rnd.de/gesundheit/nebenwirkungen-nach-corona-impfung-neue-daten-werden-falsch-interpretiert-XXVRYHT7H66UJND3WV5O7O54BU.html, Abruf: 16.07.2022.

[53] Zum Zustandekommen des Strategiepapiers vgl. Anette Dowideit, Alexander Nabert: Wenn der Staatssekretär Wissenschaftler zu „maximaler Kollaboration" aufruft, Die Welt, 08.02.2021, https://www.welt.de/politik/deutschland/plus225868061/Corona-Politik-Wie-das-Innenministerium-Wissenschaftler-einspannte.html, Abruf: 12.07.2022. Das „Geheimpapier" wurde von der Website fragdenstaat.de online gestellt (https://fragdenstaat.de/dokumente/4123-wie-wir-covid-19-unter-kontrolle-bekommen/, Abruf 12.07.2022) und daraufhin auch vom Bundesinnenministerium selbst veröffentlicht.
[54] Freedom House: Freedom on the Net 2020. The pandemic's digital shadow, New York 2020, https://freedomhouse.org/report/freedom-net/2020/pandemics-digital-shadow, Abruf: 06.08.2022.
[55] Kerstin Holm: Auf diesen Mann hört Putin, FAZ, 16.06.2014, https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/alexander-dugin-auf-diesen-mann-hoert-wladimir-putin-12991924.html, Abruf: 21.07.2022.
[56] Eva Hausteiner: Putins Dämon?, Die Zeit, 04.09.2014, https://www.zeit.de/2014/35/putin-weltanschauung-alexander-dugin, Abruf: 21.07.2022.
[57] Vgl. Christian Neef: „Jeder Westler ist ein Rassist", Der Spiegel, 14.07.2014, https://web.archive.org/web/20200121162236/https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-128101577.html, Abruf: 14.07.2022.
[58] Alexander Dugin: Das Große Erwachen gegen den Great Reset, London 2021. Im Folgenden werde ich Zitate aus dem Buch durch eine Seitenzahl in Klammern mit einem vorangestellten D direkt im Text angeben.
[59] Stefan Aust: Ein antiwestlicher Block entsteht, so mächtig wie noch nie, Die Welt, 26.06.2022, https://www.welt.de/politik/ausland/plus239572955/BRICS-Gipfel-Ein-antiwestlicher-Block-entsteht-so-maechtig-wie-noch-nie.html, Abruf: 22.07.2022.
[60] Z.B. Udo Knapp: Gibt der Westen auf?, TAZ, 18.07.2022, https://taz.de/Russlands-Angriffskrieg/!5869072/, Abruf: 24.07.2022 oder Andreas Exner: „Immer wieder Kalter Krieg" – Anachronismen und Illusionen der Linken, 20.03.2022, https://www.krisis.org/2022/immer-wieder-kalter-krieg-anachronismen-und-illusionen-der-linken-angesichts-von-ukraine-krieg-und-sozial-oekologischer-transformation/, Abruf: 24.07.2022.

Interaktive Strukturen Karte

So eine breite, schön aufbereitete und interaktive Übersicht über den organisierten Anarchismus und ihm nahestehende klassenkämpferische Ansätze für den deutschsprachigen Raum hat es sicher noch nie gegeben.

Deine Struktur oder Projekt fehlt auf der Liste? Dann lass es uns gerne wissen und wir tragen das nach. Grade in diesen Zeiten müssen wir uns zusammenschließen und organisieren.

Melde dich bei deinen anarchistischen Strukturen in deiner Stadt und werde aktiv.

- Freie Arbeiter*innen-Union (FAU)
- Freie Arbeiter*innen-Union (Schweiz)
- Gewerkschaftslokale der FAU
- Anarchosyndikalistische Jugend
- Industrial Workers of the World (IWW)
- Weitere Gewerkschaften
- die plattform - anarchakommunistische Föderation
- Organisationen
- Zentren & Betriebe
- Medienprojekte: Podcast & Radio
- Medienprojekte: Videos
- Medienprojekte: Mailorder & Verlage
- Medienprojekte: Blogs, Webseiten & Zeitungen
- Medienprojekte: Musik

Mehr auf anarchismus.de/strukturen

Anarchismus.de ist eine Webseite für alle, die sich im weitesten Sinne einem klassenkämpferischen, sozialistischen Anarchismus verbunden fühlen.

info@anarchismus.de

t.me/anarchismusDE

@AnarchismusDE

@anarchismus.de





libertär · sozialistisch · feministisch